

# Befragung in Baden-Württemberg

im Auftrag der AfD-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

November 2023

**INsa**  
**CONSULERE**



## **Feldzeit:**

08.11. – 15.11.2023

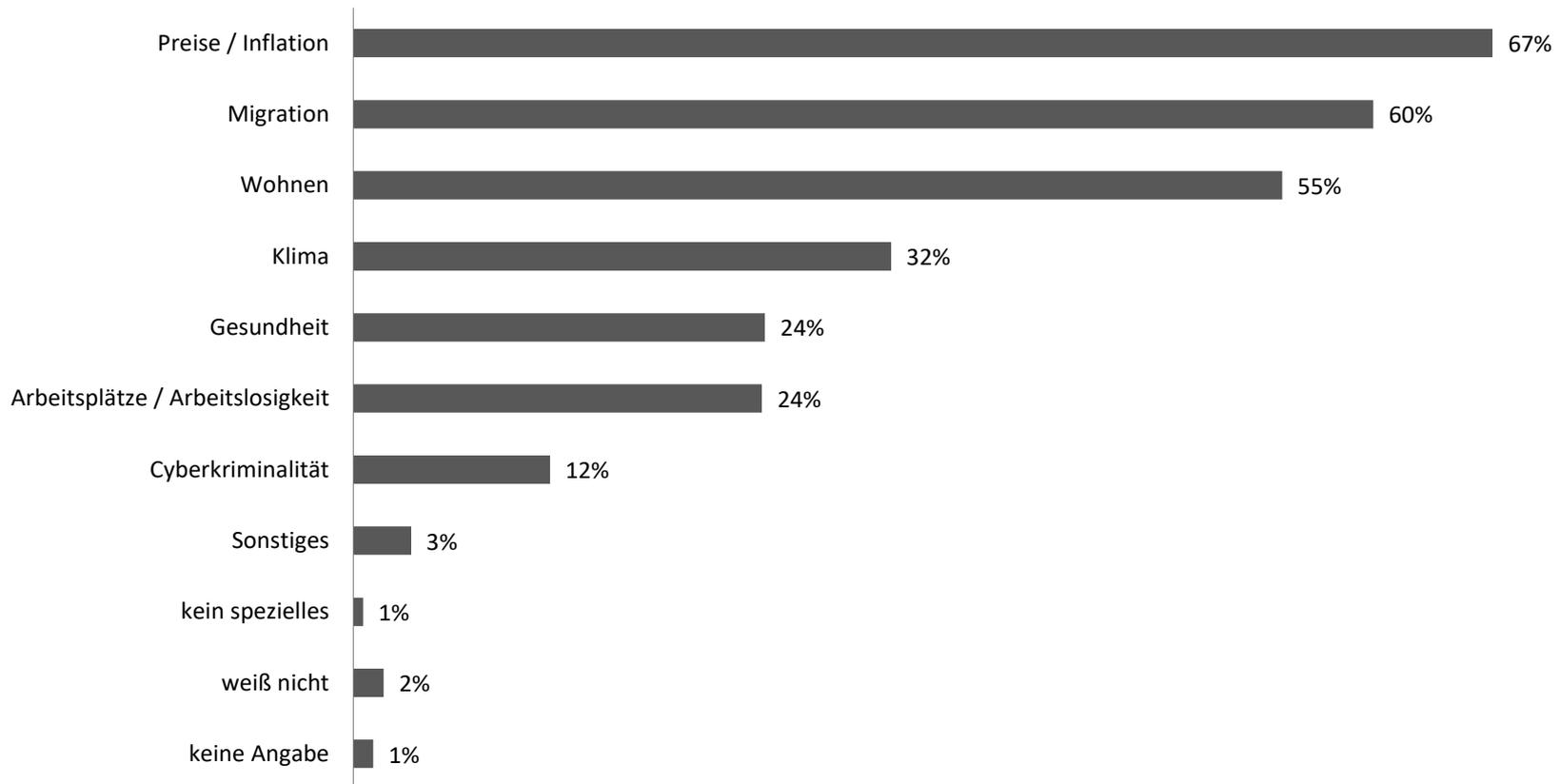
## **Methodik:**

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

## **Stichprobe:**

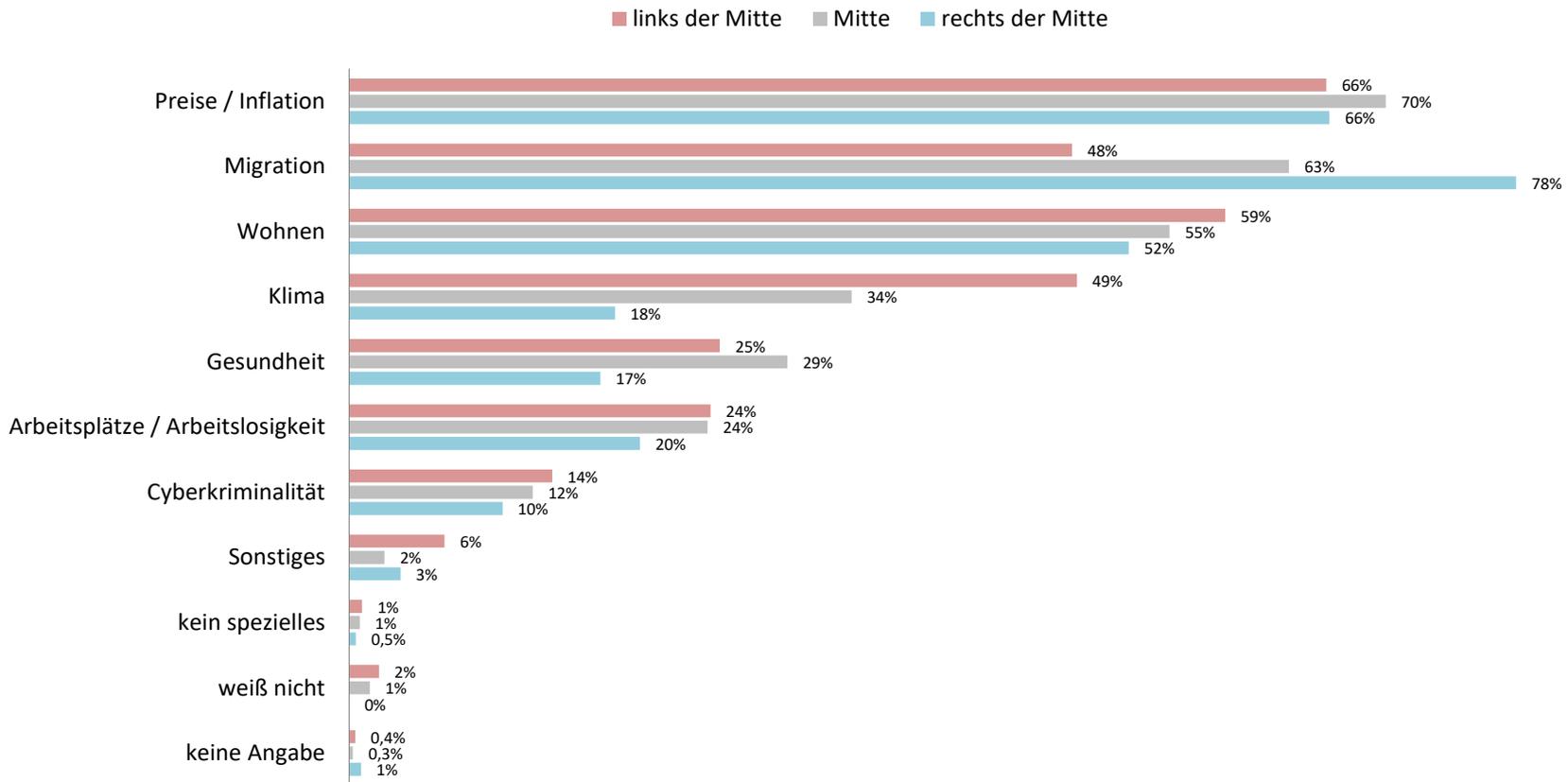
1.000 Personen aus Baden-Württemberg ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

# Welche sind Ihrer Meinung nach aktuell die größten Probleme in Baden-Württemberg?



Am häufigsten sind die Befragten der Meinung, dass Preise bzw. Inflation die größten Probleme in Baden-Württemberg darstellen: 67 Prozent geben dies an. Darauf folgt Migration mit 60 Prozent und Wohnen mit 55 Prozent. Deutlich abgeschlagen reihen sich Klima mit 32 Prozent sowie Gesundheit und Arbeitsplätze bzw. Arbeitslosigkeit mit je 24 Prozent an. Am seltensten wird die Cyberkriminalität mit zwölf Prozent genannt. Drei Prozent der Nennungen entfallen auf sonstige Angaben. Ein Prozent kennt kein spezielles Problem, zwei Prozent wissen keine Antwort und ein weiteres Prozent macht keine Angabe.

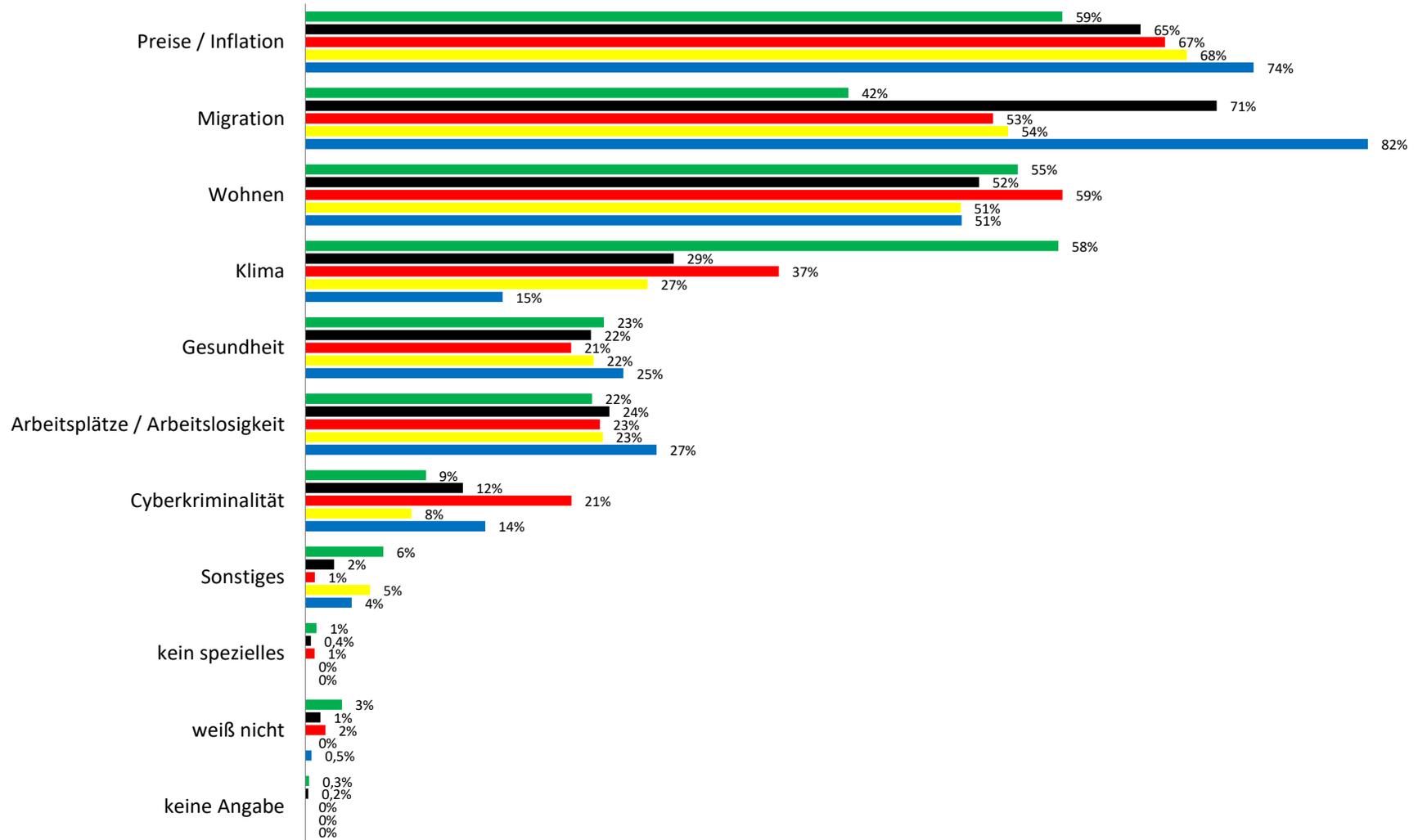
# Welche sind Ihrer Meinung nach aktuell die größten Probleme in Baden-Württemberg?



Je weiter rechts der politischen Mitte sich die Umfrageteilnehmer verorten, desto häufiger halten sie Migration für das größte Problem in Baden-Württemberg (von 48 auf 78 %). Der umgekehrte Trend zeigt sich wiederum bei den Themen Wohnen (von 59 auf 52 %) und Klima (von 49 auf 18 %). Weiter wird der Gesundheitsbereich von den Befragten, welche sich rechts positionieren, am seltensten angeführt (17 zu 25 bzw. 29 %). Während politisch rechts verortete Befragte am häufigsten Migration (78 %) nennen, ist für Umfrageteilnehmer der politischen Mitte (70 %) und links davon (66 %) die Inflation das größte Problem.

# Welche sind Ihrer Meinung nach aktuell die größten Probleme in Baden-Württemberg?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



## Welche sind Ihrer Meinung nach aktuell die größten Probleme in Baden-Württemberg?

---

Aufgeschlüsselt nach Wählergruppen lässt sich beobachten, dass das Thema Preise bzw. Inflation von den befragten Grünen-Wählern (59 %) am seltensten und von den AfD-Wählern (74 %) wiederum am häufigsten als das größte Problem in Baden-Württemberg betrachtet wird (Rest: 65 – 68 %).

Darüber hinaus nennen Wähler der Grünen (42 %) den Bereich Migration deutlich am seltensten und Wähler der CDU (71 %) sowie der AfD (82 %) deutlich am häufigsten (Rest: 53 bzw. 54 %).

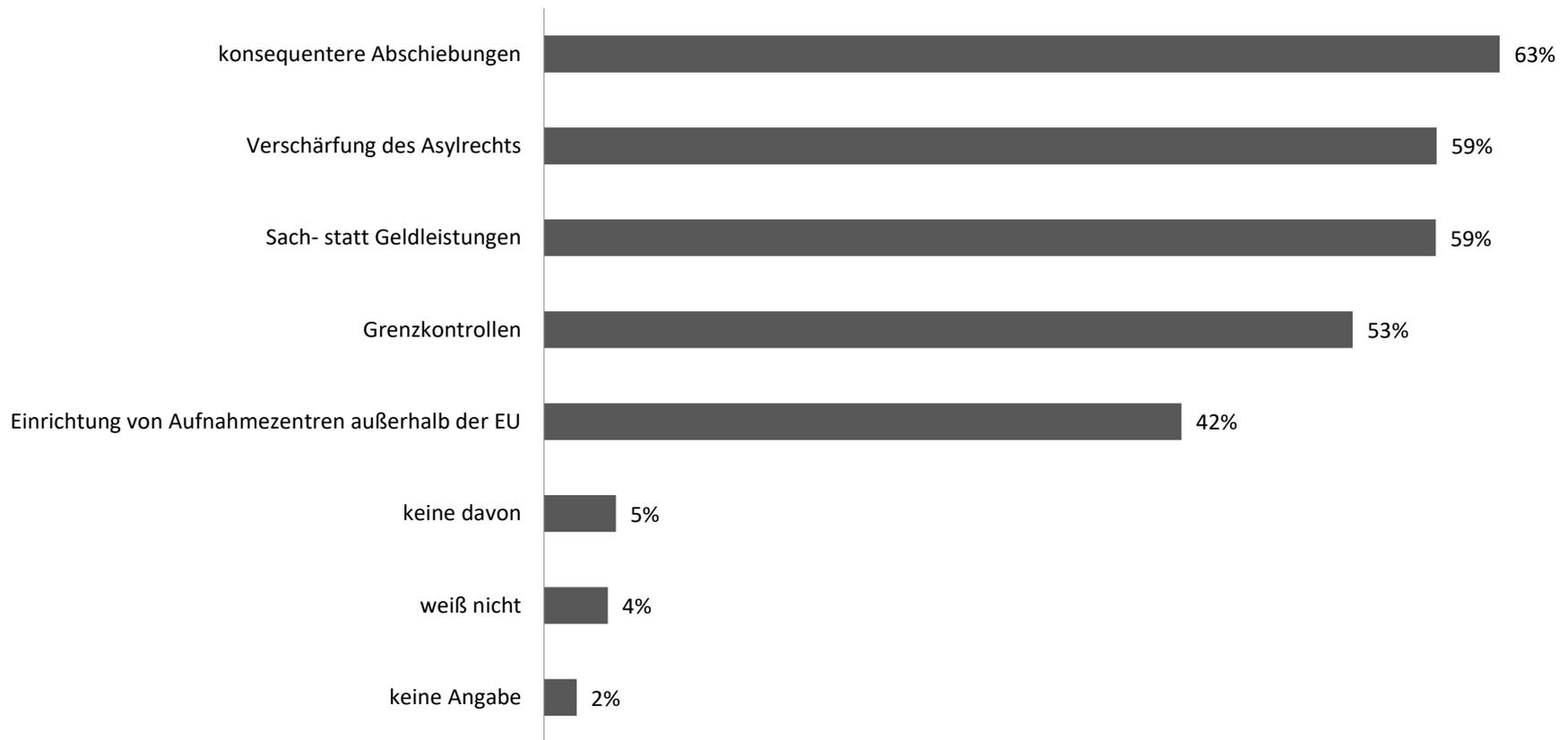
Umgekehrt sieht es wiederum beim Klima aus: Grünen-Wähler (58 %) halten dies deutlich am häufigsten und AfD-Wähler (15 %) deutlich am seltensten für das größte Problem in Baden-Württemberg (Rest: 27 – 37 %).

Wähler der SPD nennen die Bereiche Wohnen (59 zu 51 – 55 %) und Cyberkliminalität (21 zu 8 – 14 %) häufiger als die übrigen Wählergruppen.

Zudem halten AfD-Wähler die Arbeitsplätze bzw. Arbeitslosigkeit leicht öfter für problematisch als die restlichen Wählergruppen (27 zu 22 – 24 %).

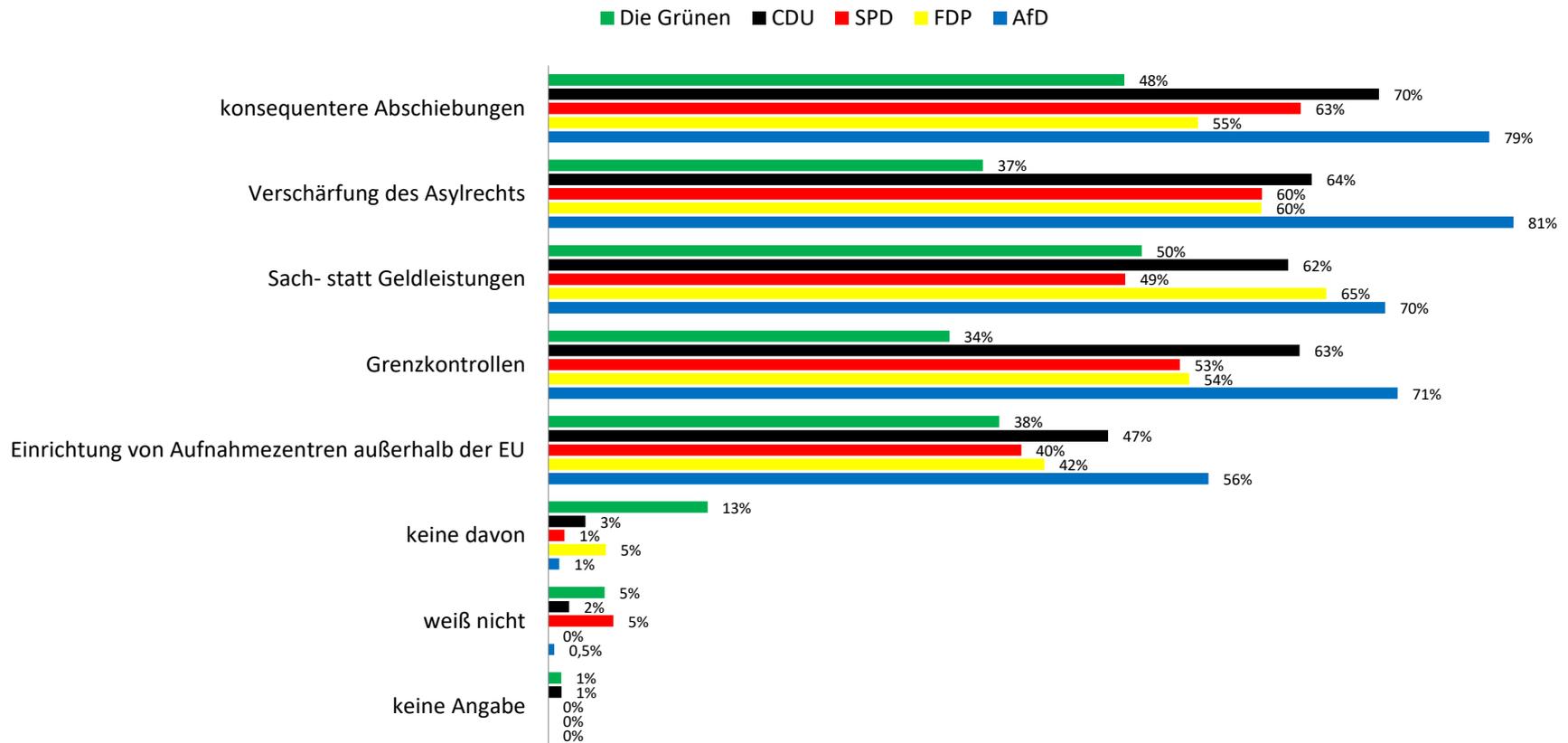
Insgesamt zeigt sich, dass die Inflation für Wähler der FDP (68 %) und SPD (67 %) das drängendste Problem darstellt, CDU- (71 %) und AfD-Wähler (82 %) hier am häufigsten Migration nennen und für Wähler der Grünen Inflation (59 %) und Klima (58 %) nahezu gleichauf auf erster Position liegen.

# Welche der folgenden Maßnahmen ist Ihrer Meinung nach effektiv, um die Zuwanderung in die EU zu begrenzen?



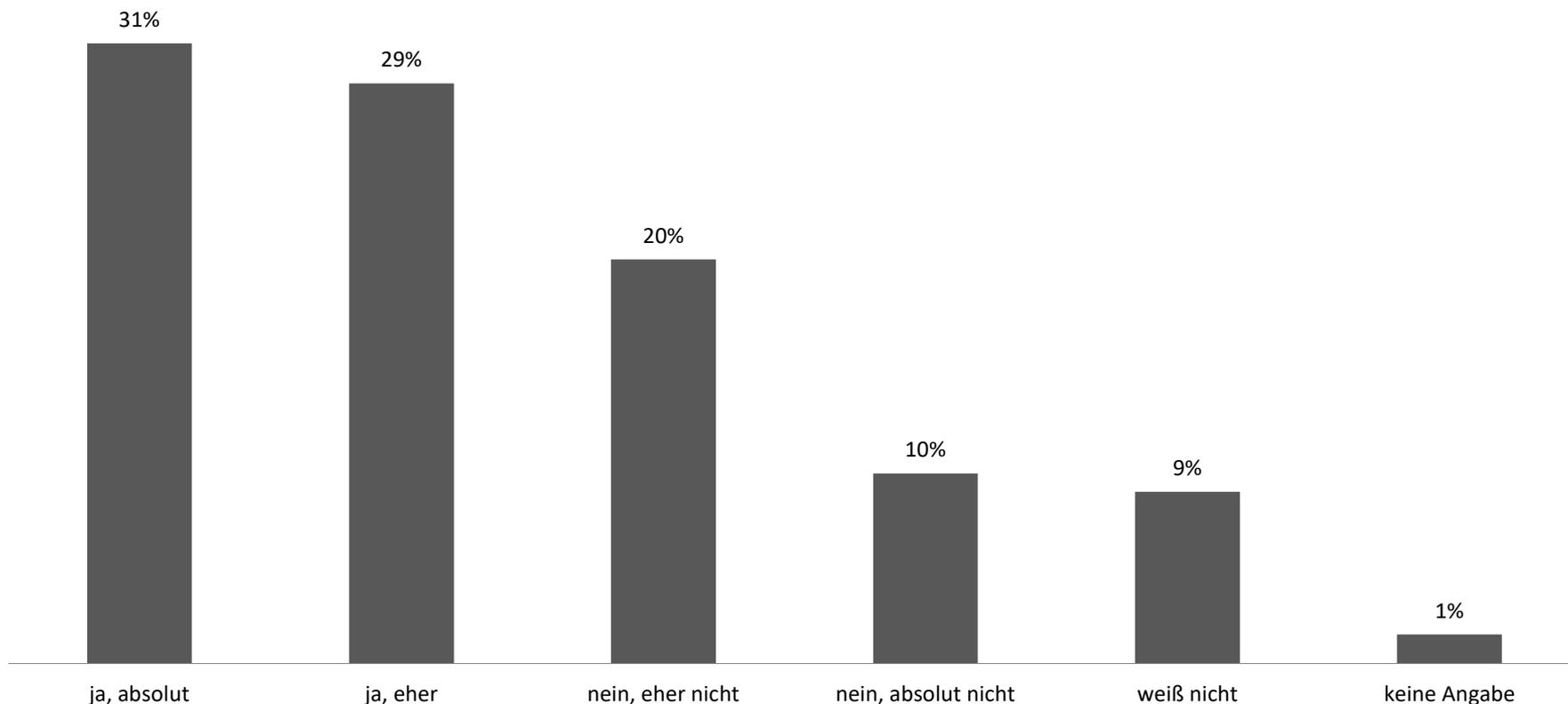
Um die Zuwanderung in die EU zu begrenzen, halten die Umfrageteilnehmer konsequenterere Abschiebungen am häufigsten für effektiv (63 %), gefolgt von Verschärfung des Asylrechts und Sach- statt Geldleistungen (je 59 %) sowie Grenzkontrollen (53 %). Deutlich abgeschlagen schließt sich die Einrichtung von Aufnahmezentren außerhalb der EU mit 42 Prozent der Nennungen an. Fünf Prozent halten keine der abgefragten Maßnahmen für effektiv, vier Prozent wissen hier keine Antwort und zwei Prozent machen hier keine Angabe.

# Welche der folgenden Maßnahmen ist Ihrer Meinung nach effektiv, um die Zuwanderung in die EU zu begrenzen?



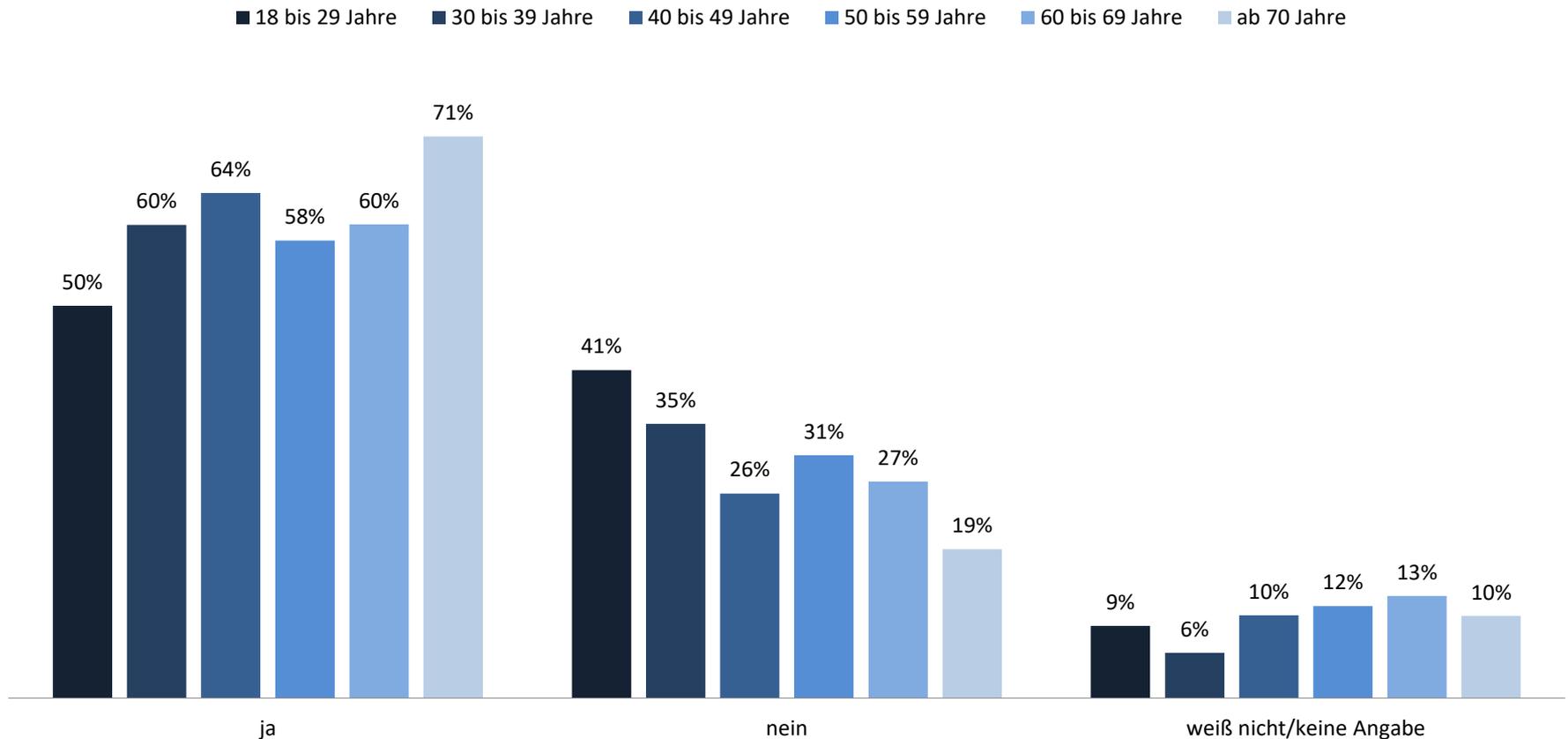
Differenziert nach Wählergruppen zeigt sich, dass die AfD-Wähler sämtliche abgefragten Maßnahmen jeweils häufiger als die restlichen Wähler für effektiv halten, um die Zuwanderung in die EU zu begrenzen. Konsequenter Abschiebungen (48 zu 55 – 79%), Verschärfung des Asylrechts (37 zu 60 – 81%) sowie Grenzkontrollen (34 zu 53 – 71%) werden von Grünen-Wählern wiederum (deutlich) am seltensten angeführt. Am häufigsten nennt diese Befragtengruppe noch Sach- statt Geldleistungen (50%), ebenso wie befragte FDP-Wähler (65%). CDU- (70%) und SPD-Wähler (63%) nennen hier am häufigsten konsequentere Abschiebungen und Wähler der AfD eine Verschärfung des Asylrechts (81%).

## Ist die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach der Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg?



Die absolute Mehrheit von 60 Prozent der Umfrageteilnehmer (kumuliert) hält die hohe Zuwanderung für den Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg: 29 Prozent sind eher und weitere 31 Prozent absolut dieser Meinung. Diesen stehen 20 Prozent gegenüber, welche hier eher und zehn Prozent, welche hier absolut verneinen (30 %, kumuliert). Neun Prozent wissen es nicht und ein Prozent will keine Antwort geben.

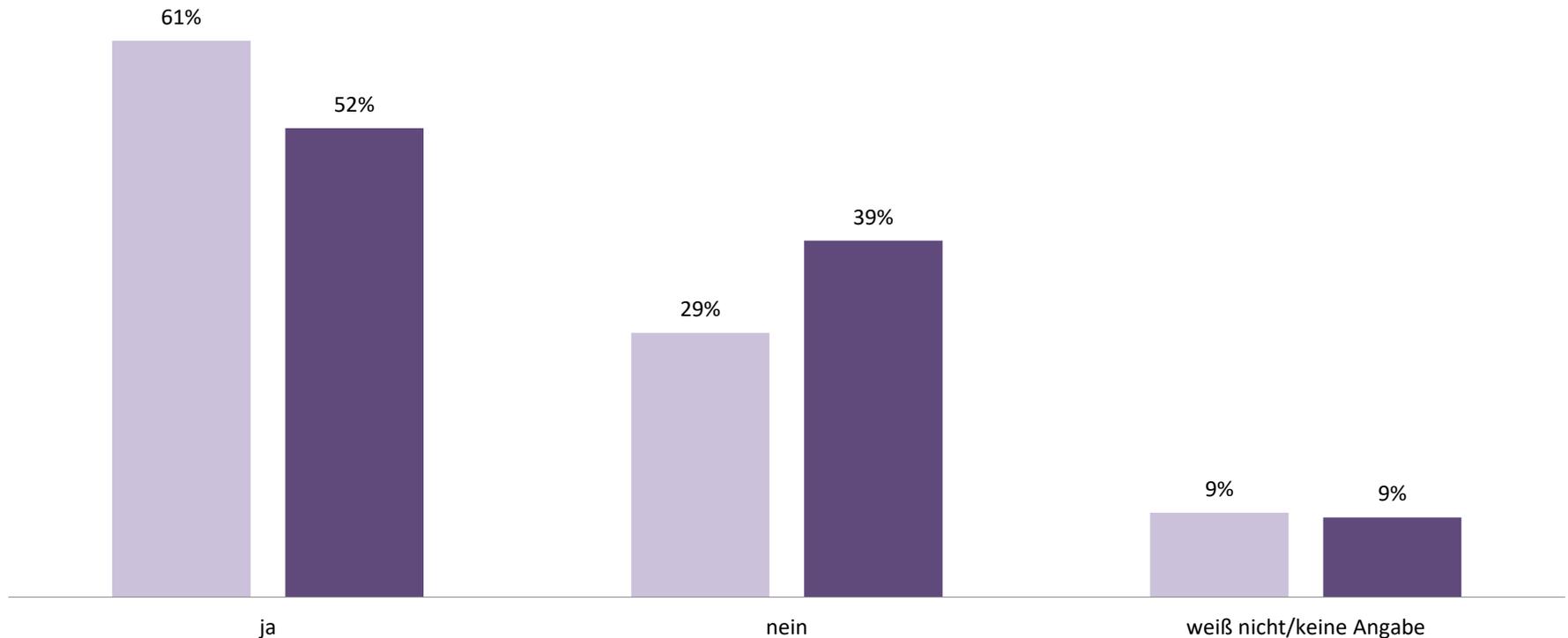
# Ist die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach der Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg?



Je älter die Umfrageteilnehmer, desto häufiger sehen sie tendenziell die hohe Zuwanderung als Begründung für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg an (von 50 auf 71 %). Der umgekehrte Verlauf lässt sich bei jenen beobachten, welche gegenteiliger Ansicht sind (von 41 auf 19 %). Über alle Altersgruppen hinweg überwiegt jedoch jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier bejahen.

# Ist die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach der Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg?

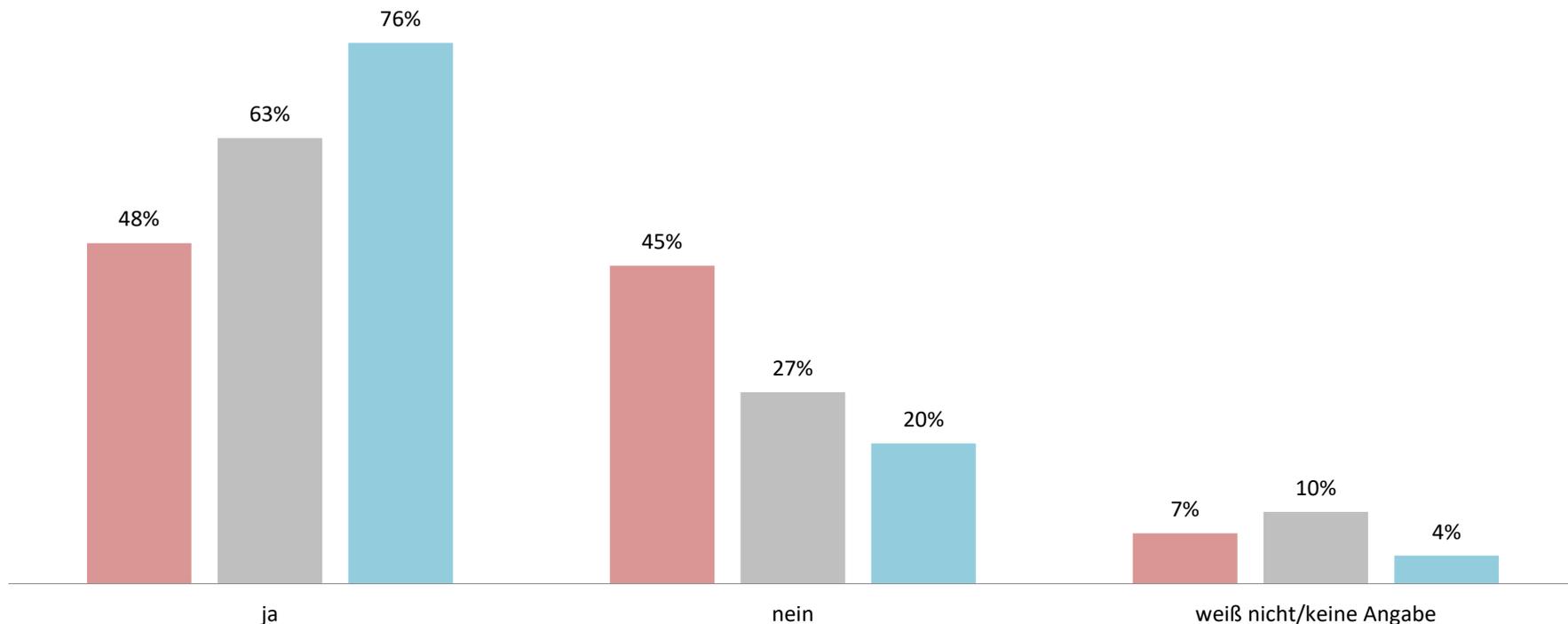
■ ohne Migrationshintergrund ■ mit Migrationshintergrund



Sowohl Befragte ohne als auch mit einem Migrationshintergrund erachten die hohe Zuwanderung jeweils absolut-mehrheitlich als den Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus, wobei erstere dies häufiger so befinden (61 zu 52 %). Letztere sind entsprechend deutlich öfter der Ansicht, dass dem nicht so ist (39 zu 29 %).

# Ist die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach der Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg?

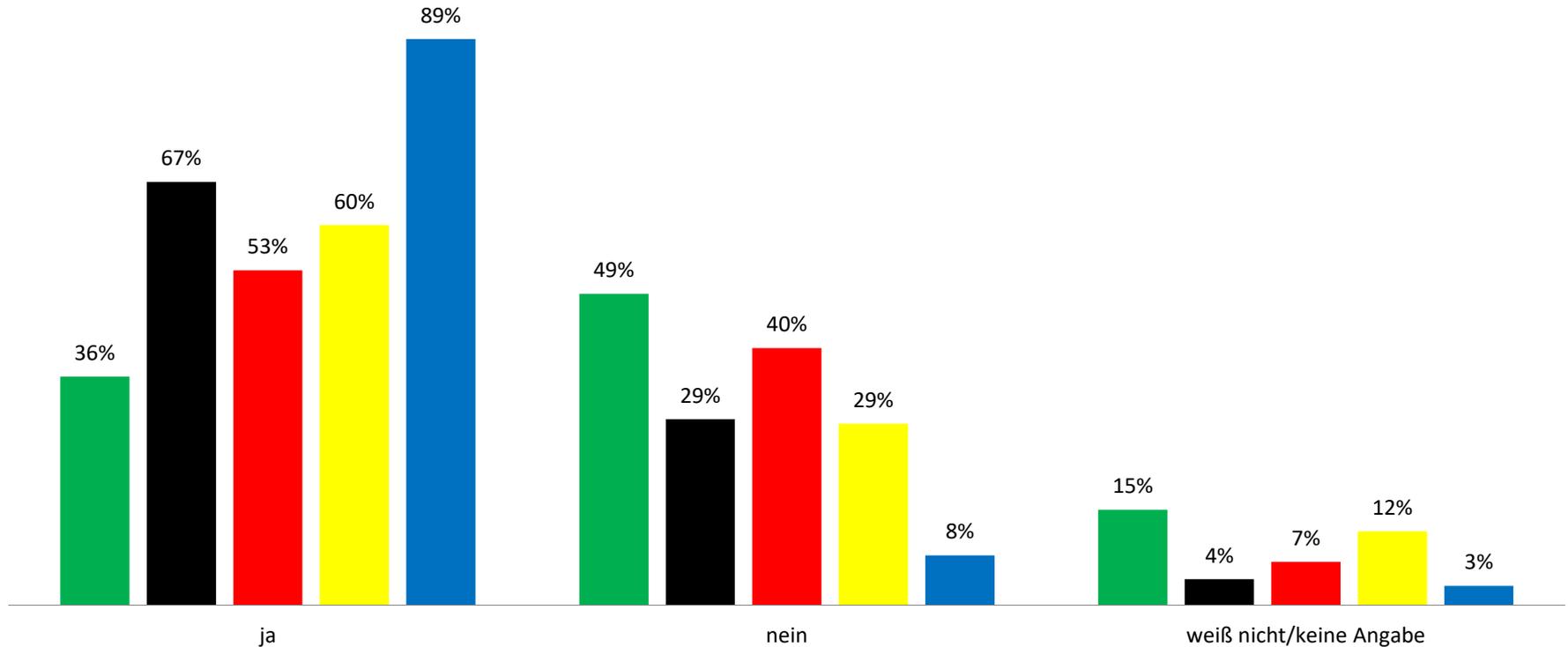
■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte



Je weiter politisch rechts sich die Umfrageteilnehmer verorten, desto höher fällt der Anteil derer aus, welche hier bejahen (von 48 auf 76 %). Entsprechend umgekehrt verhält es sich bei jenen, welche die hohen Zuwanderungszahlen nicht für den Grund für die Verschlechterung der Bildung in Baden-Württemberg halten (von 45 auf 20 %). Über alle Wählergruppen hinweg überwiegt jedoch jeweils mindestens knapp relativ-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier zustimmen.

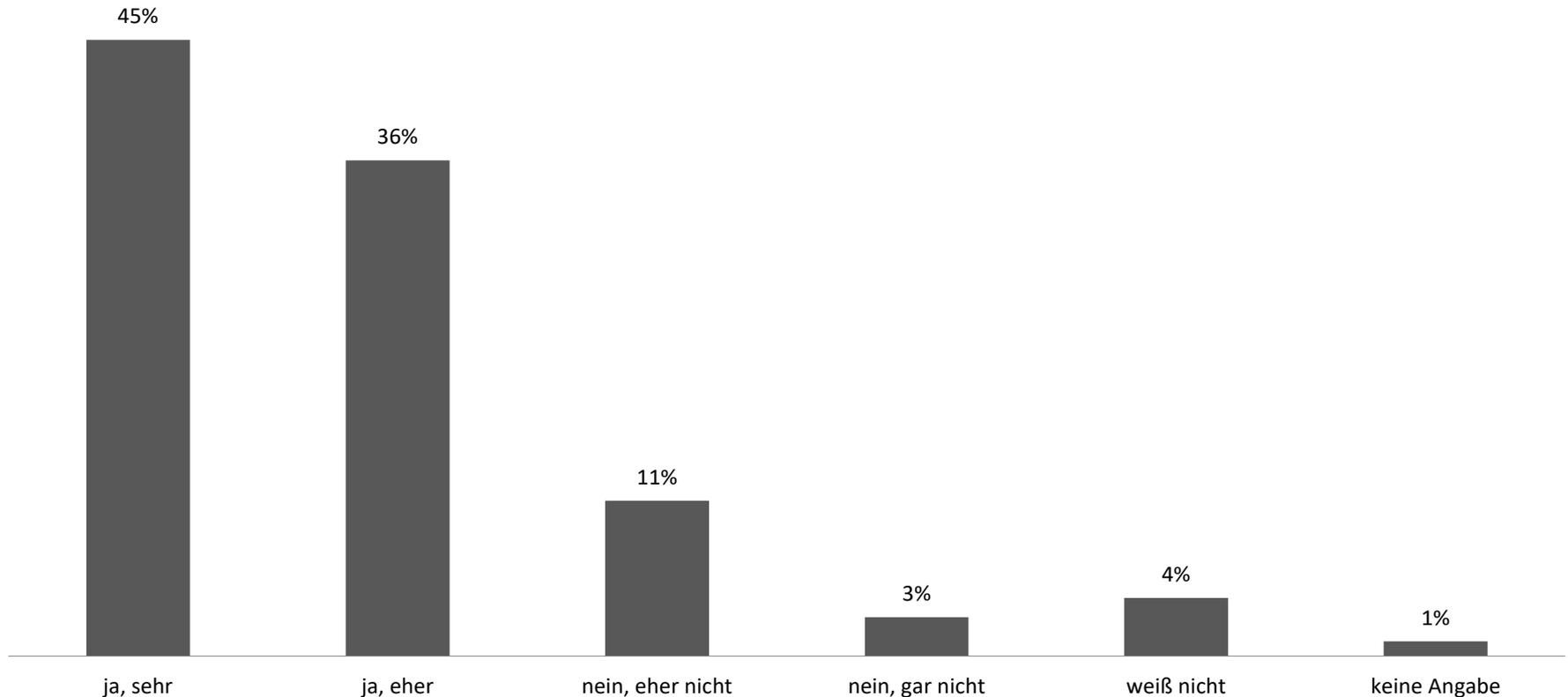
# Ist die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach der Grund für die Verschlechterung des Bildungsniveaus in Baden-Württemberg?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



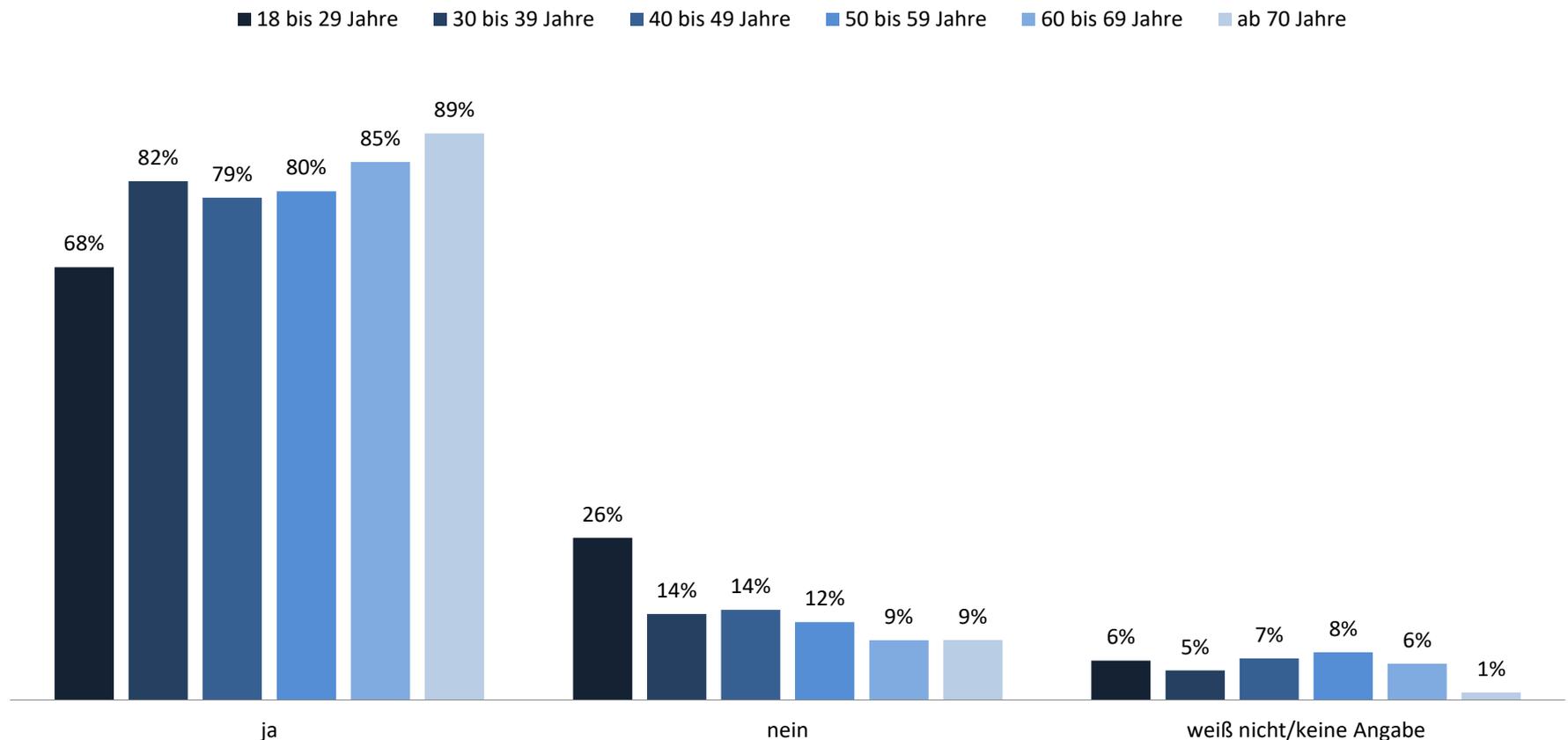
Einzig Grünen-Wähler sind relativ-mehrheitlich nicht der Ansicht, dass sich die hohen Zuwanderungszahlen negativ auf das Bildungsniveau in Baden-Württemberg auswirken (49 %). Bei allen anderen Wählergruppen überwiegt hingegen jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier das Gegenteil angeben, wobei dies bei Wählern der AfD noch einmal häufiger der Fall ist (89 zu 53 – 67 %).

## Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?



Dass die hohe Zuwanderung zu einer Situationsverschärfung auf dem Wohnungsmarkt führt, meint die absolute Mehrheit von 81 Prozent (kumuliert) der Befragten (45 % sehr, 36 % eher). Elf Prozent sehen die aktuelle Situation als eher nicht und weitere drei Prozent als gar nicht dadurch verschärft (14 %, kumuliert). Vier Prozent wissen hier keine Antwort und ein Prozent möchte diese Frage nicht beantworten.

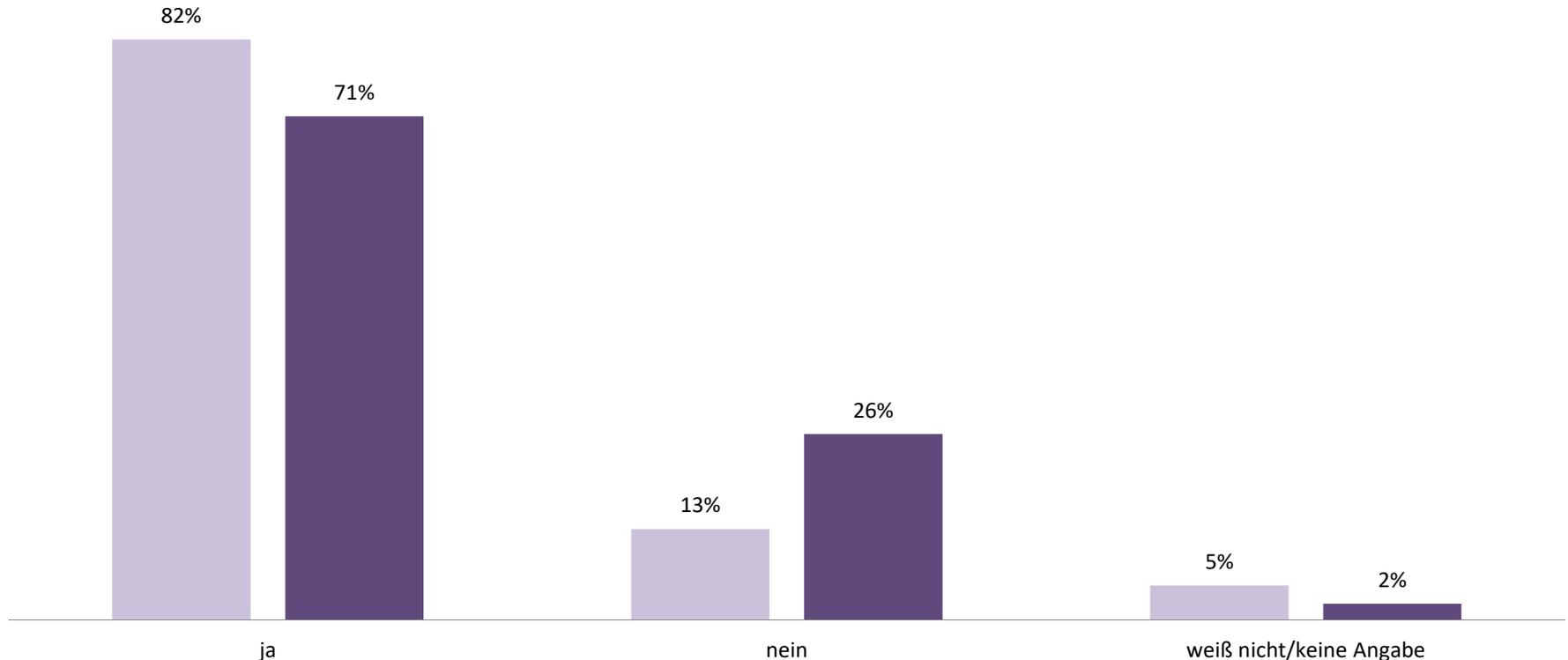
# Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?



Mit dem Lebensalter nimmt auch der Anteil derer zu, welche den Standpunkt vertreten, dass die hohe Zuwanderung zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt führt: er steigt von 68 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen bis auf 89 Prozent bei den ab 70-jährigen Befragten. Entsprechend geben die jüngsten Befragten deutlich am häufigsten das Gegenteil an (26 zu 9 – 14 %). Sämtliche Altersgruppen bejahen hier allerdings jeweils absolut-mehrheitlich.

# Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?

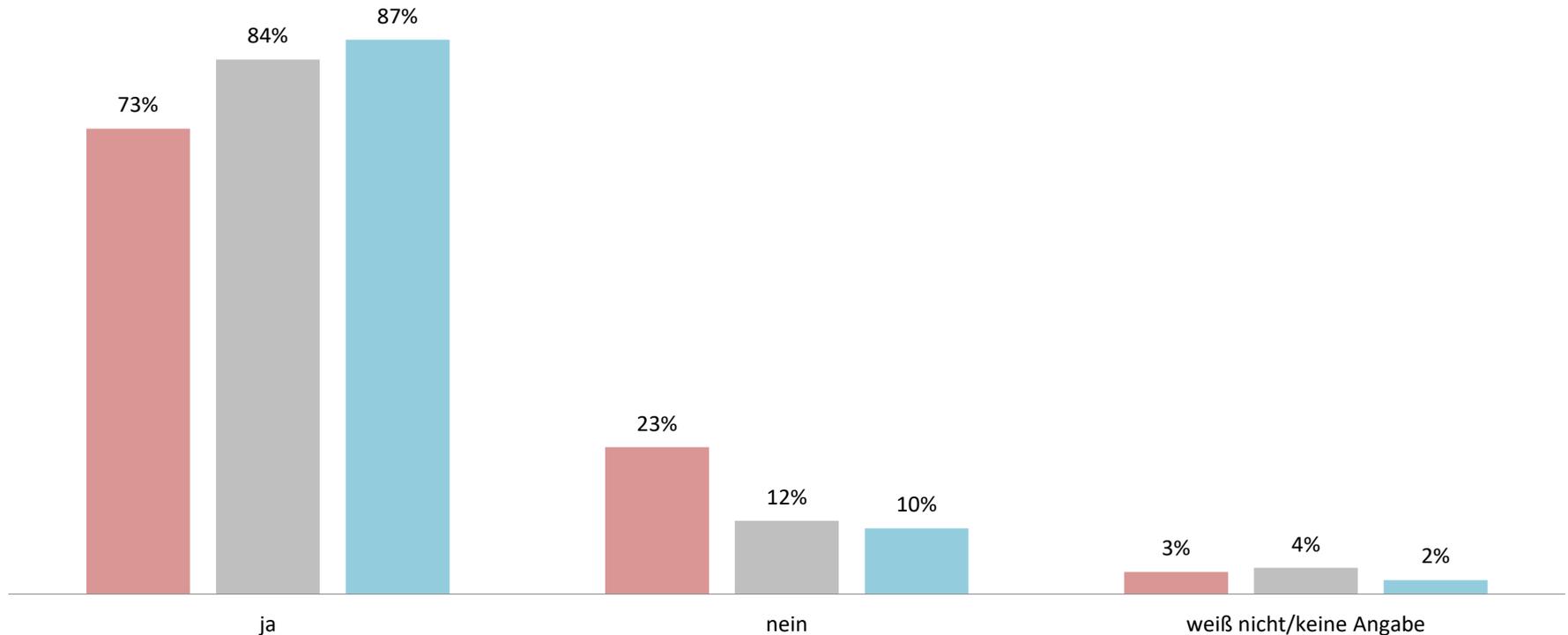
■ ohne Migrationshintergrund ■ mit Migrationshintergrund



Auch wenn sowohl Befragte ohne als auch mit einem Migrationshintergrund jeweils absolut-mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass die hohe Zuwanderung die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft, geben dies erstere noch einmal häufiger an (82 zu 71 %).

# Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?

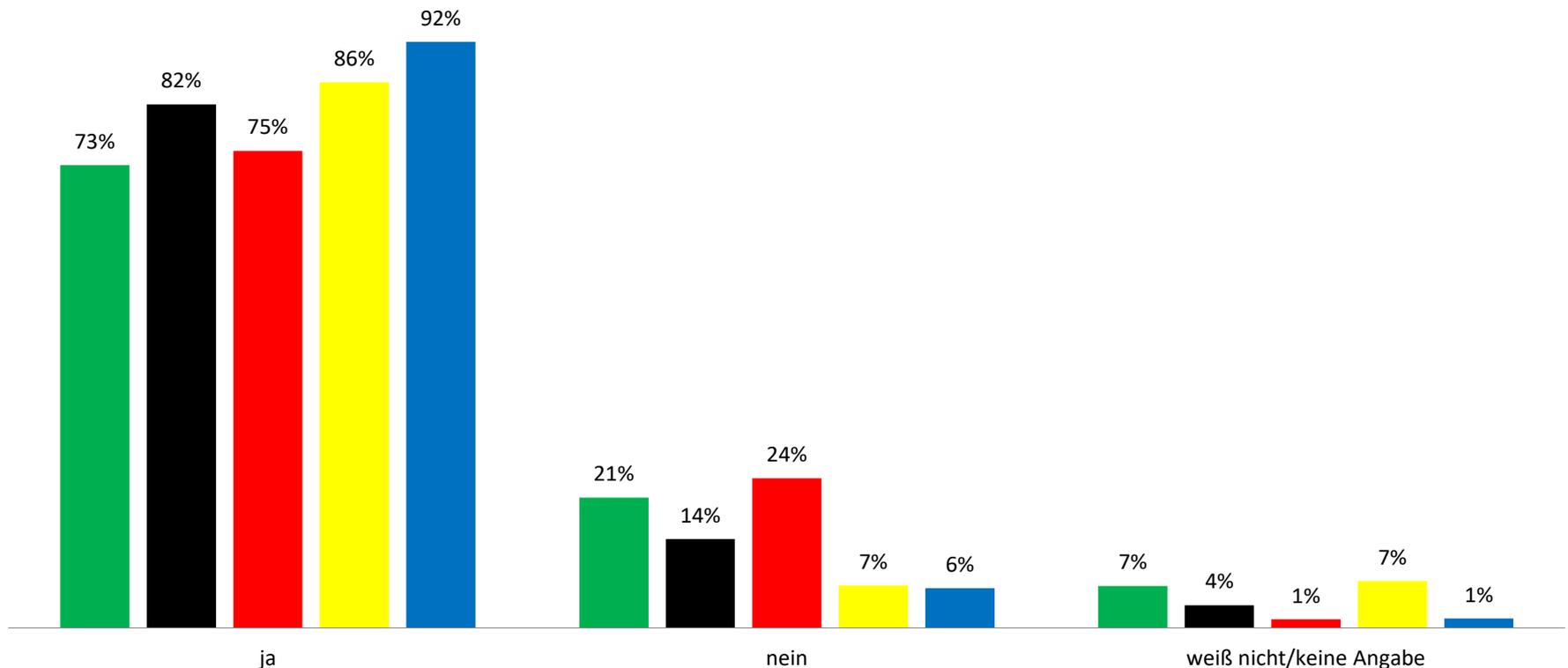
links der Mitte    Mitte    rechts der Mitte



Sämtliche Befragten sind jeweils absolut-mehrheitlich der Meinung, dass die hohe Zuwanderung zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt beiträgt, wobei Umfrageteilnehmer, welche sich links der Mitte verorten, dies deutlich seltener als Befragte der politischen Mitte und jene rechts davon so befinden (73 zu 84 bzw. 87 %). Links Verortete sind entsprechend deutlich am häufigsten gegenteiliger Ansicht (23 zu 12 bzw. 10 %).

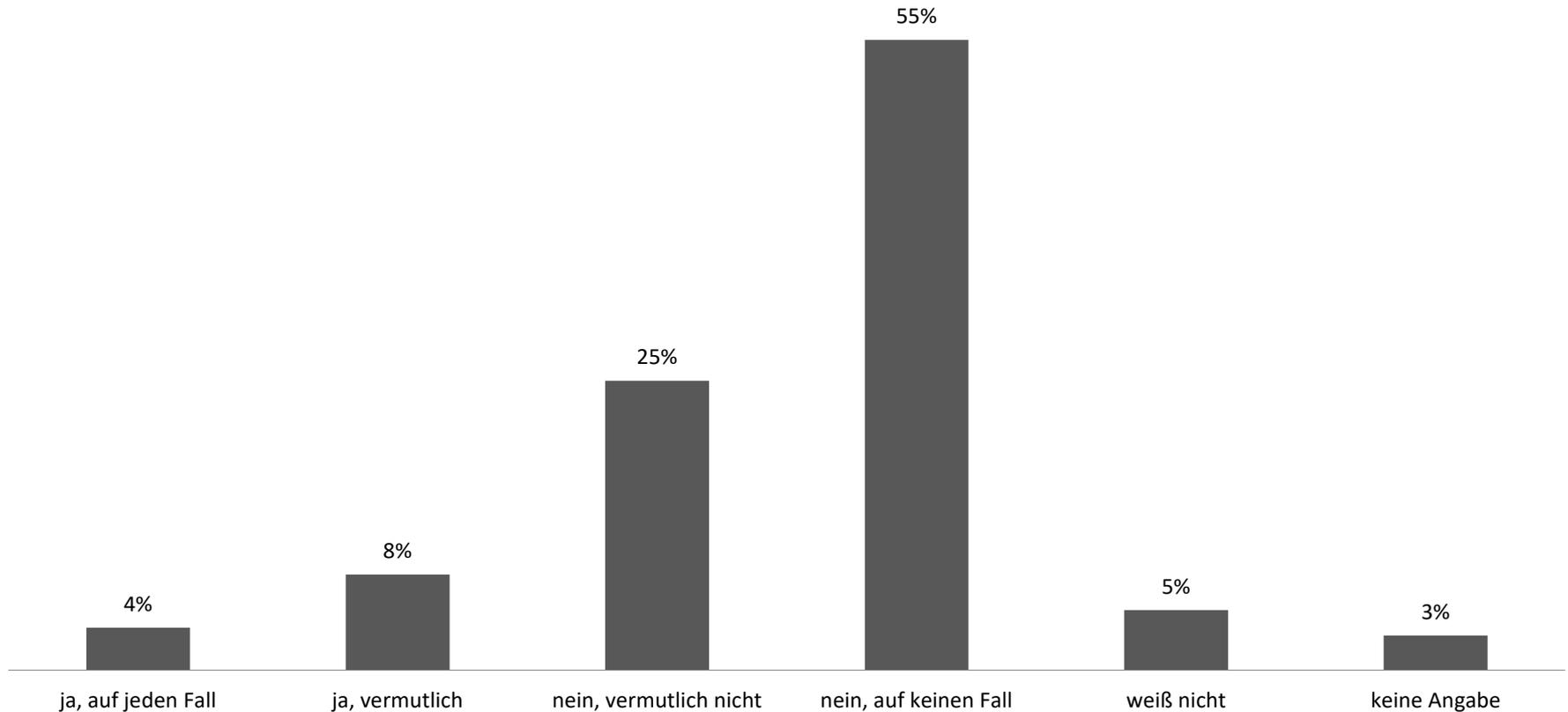
# Führt die hohe Zuwanderung Ihrer Meinung nach zu einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



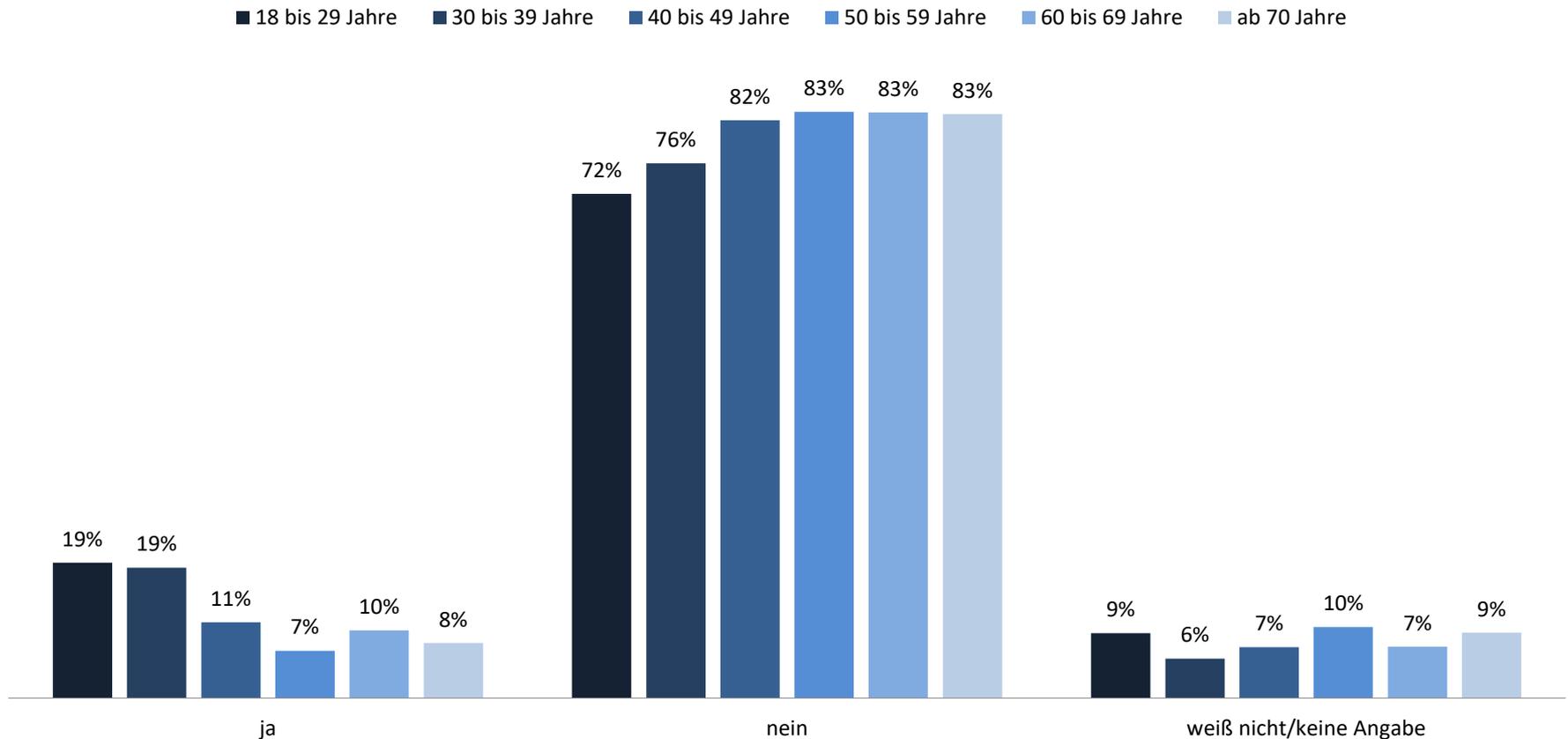
Über alle Wählergruppen hinweg überwiegt jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche die hohe Zuwanderung als einen Grund für die Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt betrachten (73 – 92 %), wobei Wähler der SPD (24 %) sowie der Grünen (21 %) öfter als der Rest vom Gegenteil überzeugt sind (6 – 14 %).

## Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?



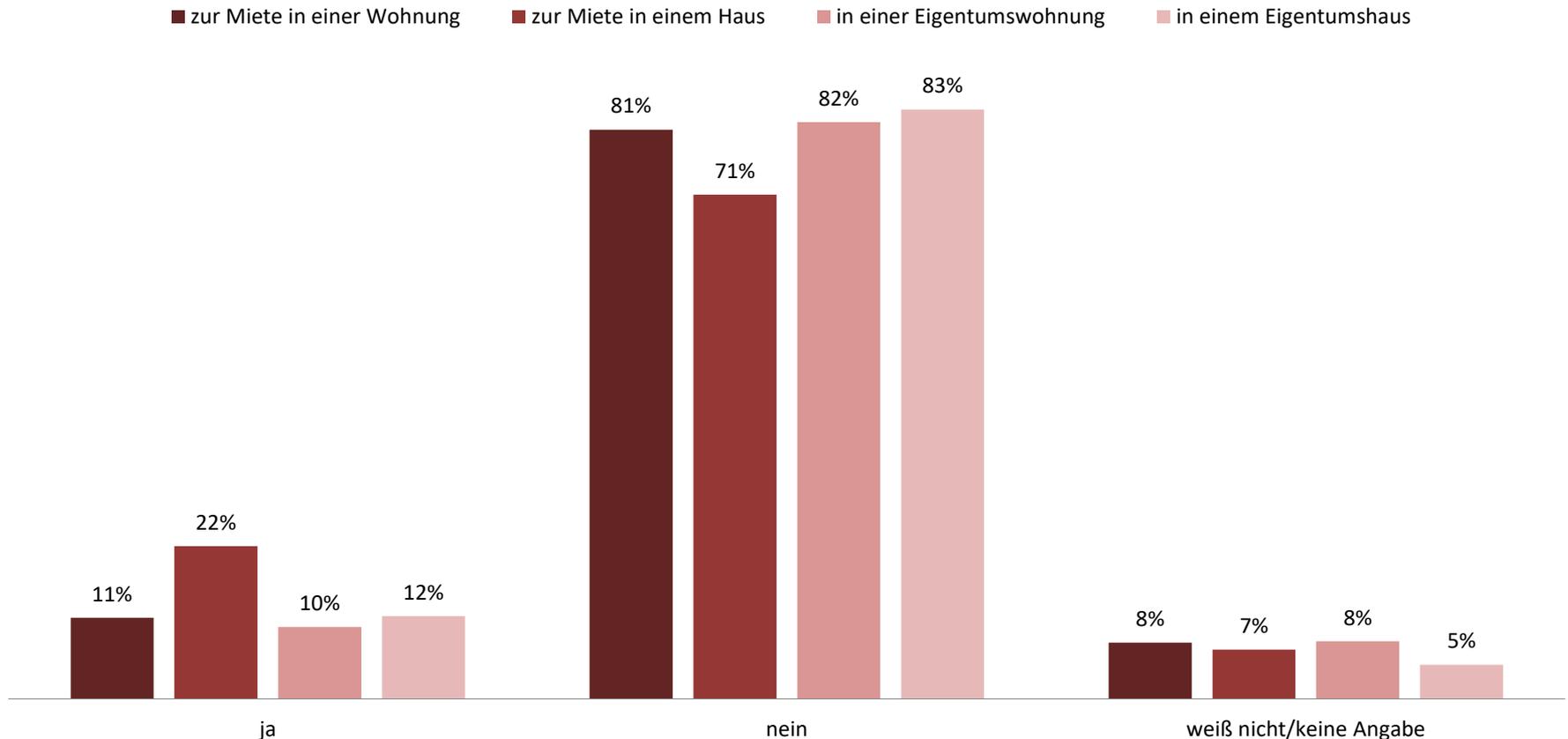
25 Prozent wären vermutlich nicht und weitere 55 Prozent auf keinen Fall bereit, ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen (80 %, kumuliert), wohingegen lediglich acht Prozent vermutlich und vier Prozent auf jeden Fall (12 %, kumuliert) hierzu bereit wären. Fünf Prozent wissen es nicht und drei Prozent machen keine Angabe dazu.

# Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?



Auch wenn sämtliche Wählergruppen jeweils absolut-mehrheitlich nicht bereit wären, ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen (72 – 83 %), so steigt der Anteil derer, welche das Gegenteil angeben, doch tendenziell mit sinkendem Alter (7 – 10 auf 19 %).

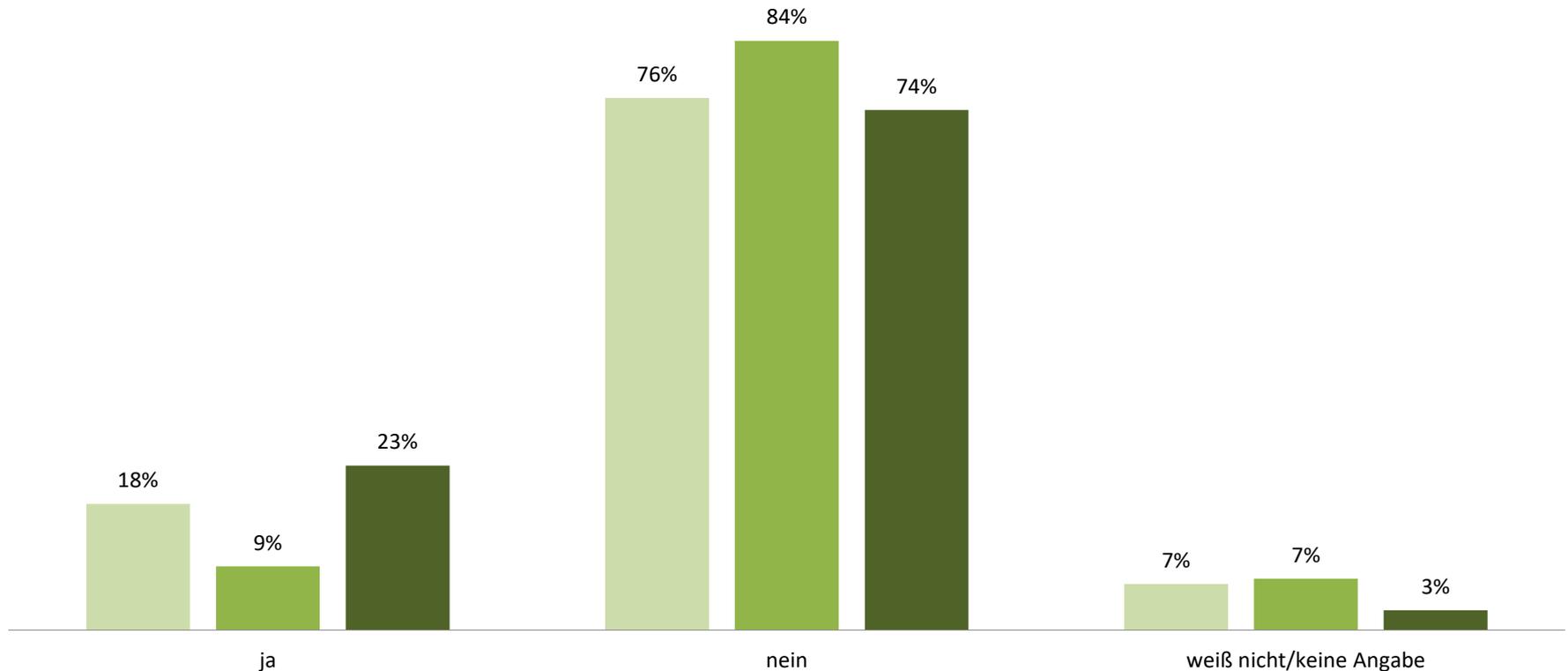
# Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?



Über alle Wohnformgruppen hinweg überwiegt jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier verneinen (71 – 83 %), wobei Befragte, welche zur Miete in einem Haus wohnen, sich deutlich häufiger als der Rest bereit erklären, ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen (22 zu 10 – 12 %).

# Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?

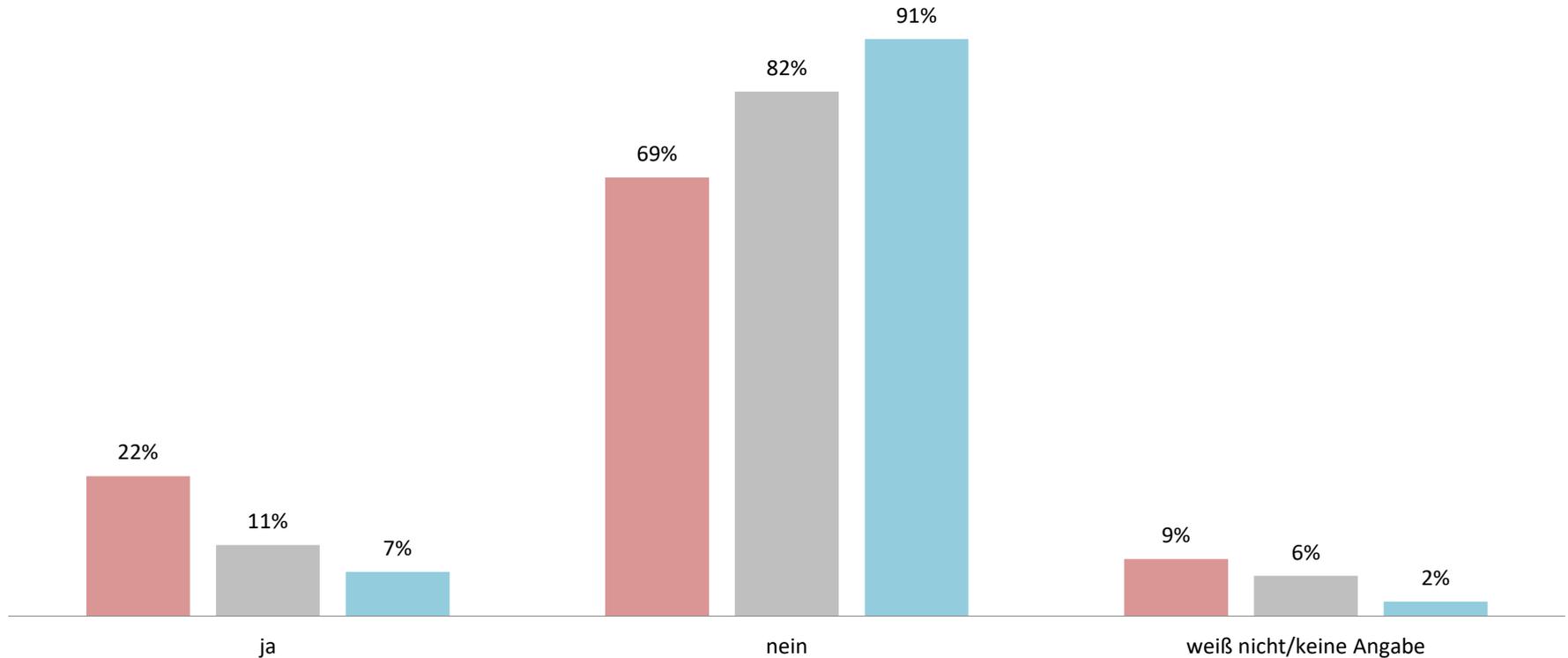
■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Auch sämtliche sozioökonomischen Schichten sind jeweils absolut-mehrheitlich nicht bereit, ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen, wobei Befragte der Mittelschicht dies häufiger als die übrigen Gruppen angeben (84 zu 76 bzw. 74 %).

# Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?

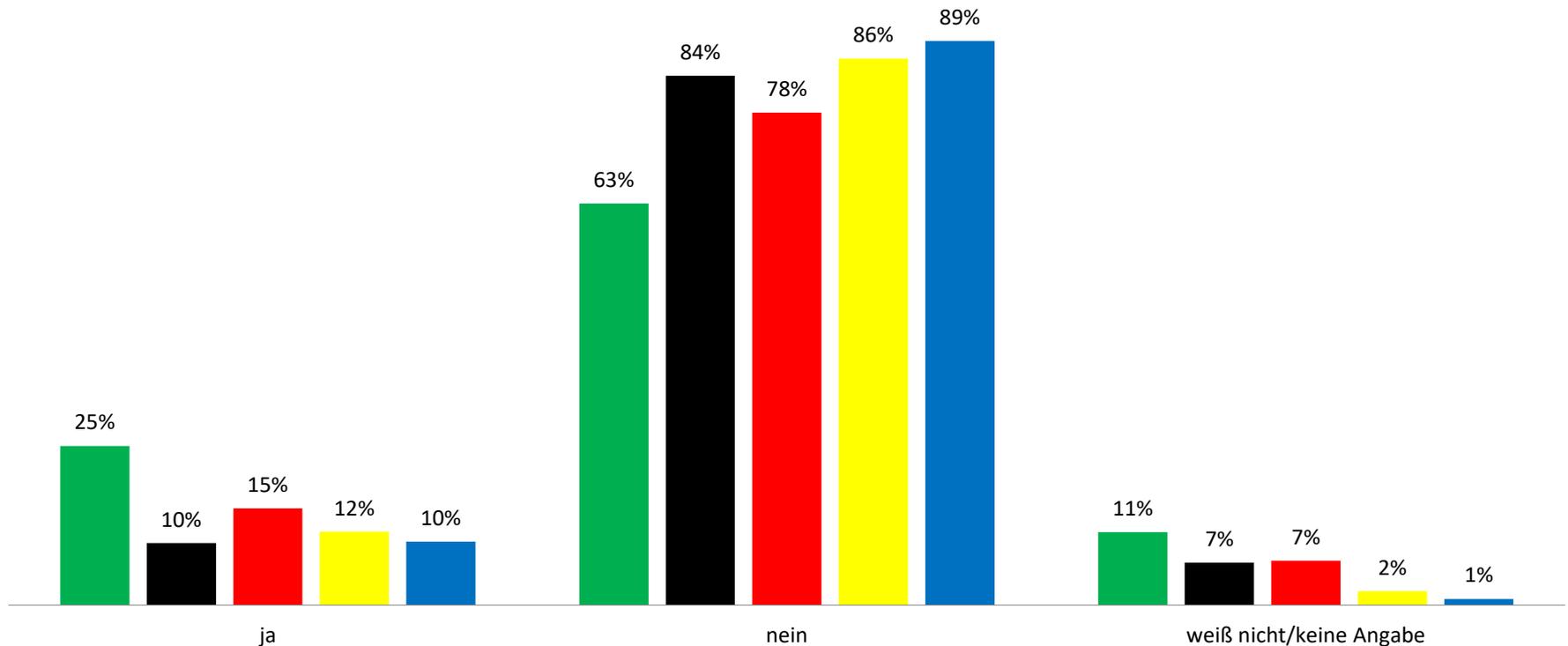
links der Mitte    Mitte    rechts der Mitte



Je weiter rechts der politischen Mitte sich die Umfrageteilnehmer verorten, desto seltener wollen sie ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen (von 22 auf 7 %). Darüber hinaus überwiegt bei allen Befragten Gruppen jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier verneinen (69 – 91 %).

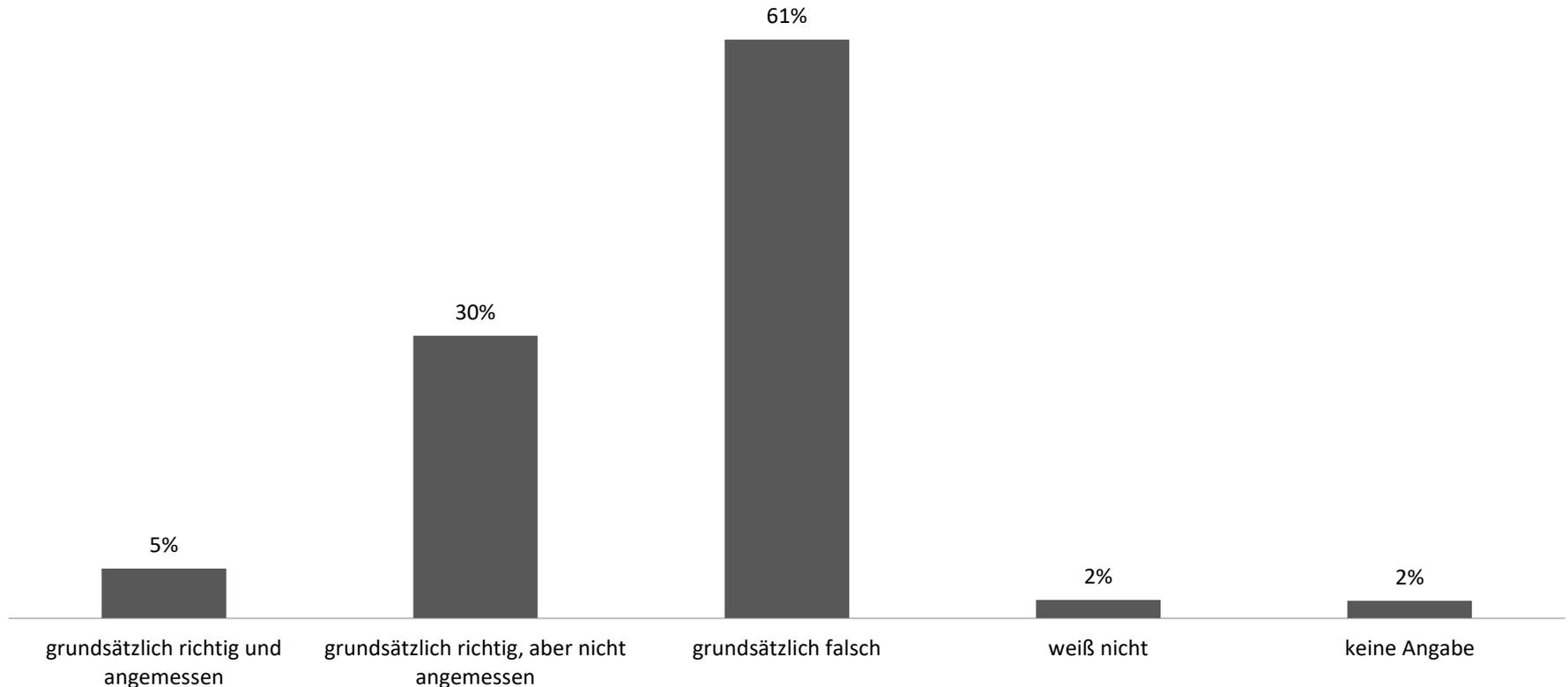
# Wären sie bereit, Ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



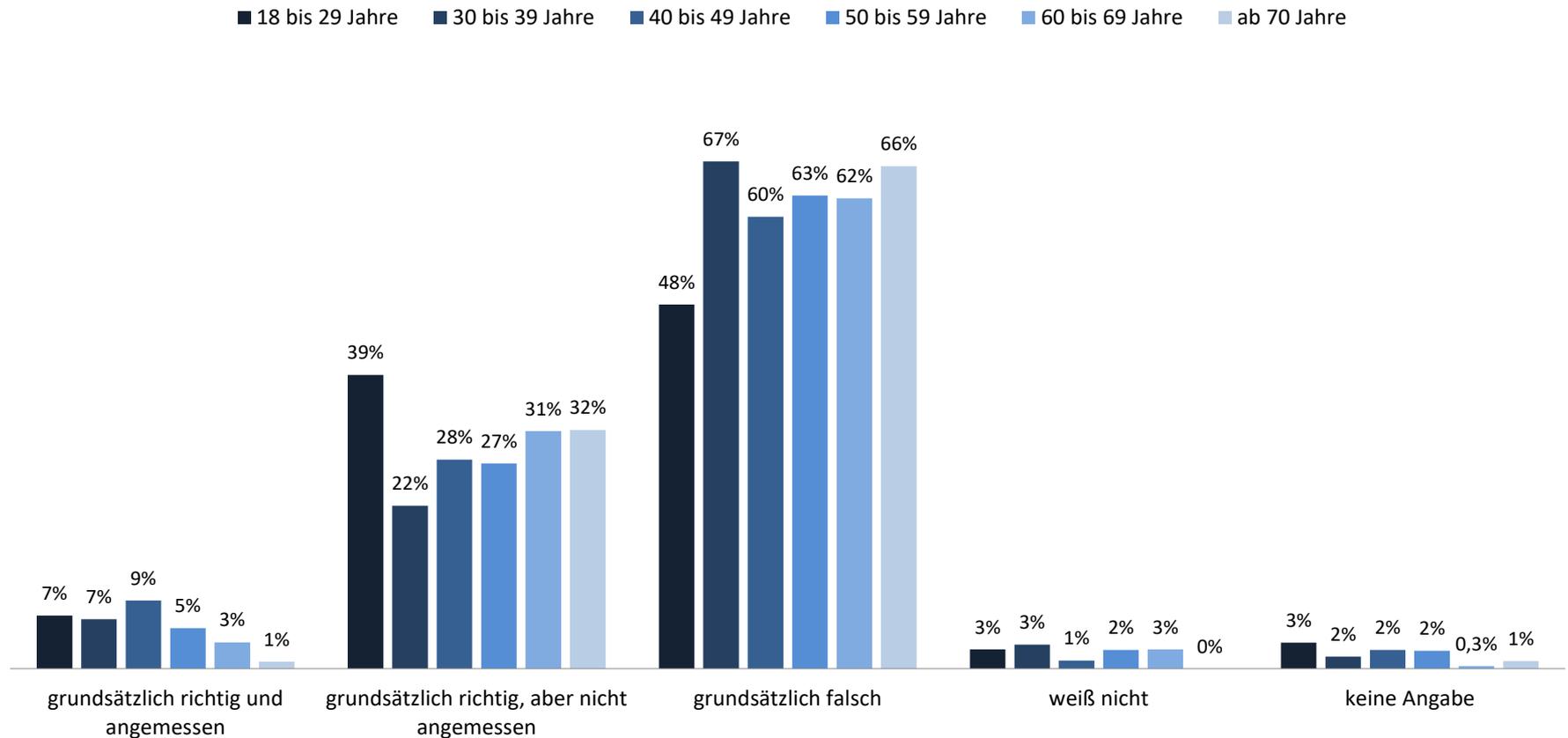
Alle Wählergruppen verneinen hier jeweils absolut-mehrheitlich (63 – 89 %), wobei Grünen-Wähler sich noch deutlich am häufigsten bereit erklären würden, ihren Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung zu stellen (25 zu 10 – 15 %).

# Wie bewerten Sie Aktionen wie bspw. Straßenblockaden von Klima-Aktivisten?



Die absolute Mehrheit von 61 Prozent bewertet die Straßenblockaden von Klima-Aktivisten als grundsätzlich falsch. 30 Prozent sehen diese grundsätzlich als richtig, aber nicht angemessen an. Lediglich fünf Prozent halten Aktionen wie Straßenblockaden grundsätzlich für richtig und angemessen. Jeweils zwei Prozent können bzw. wollen sich hierzu nicht positionieren.

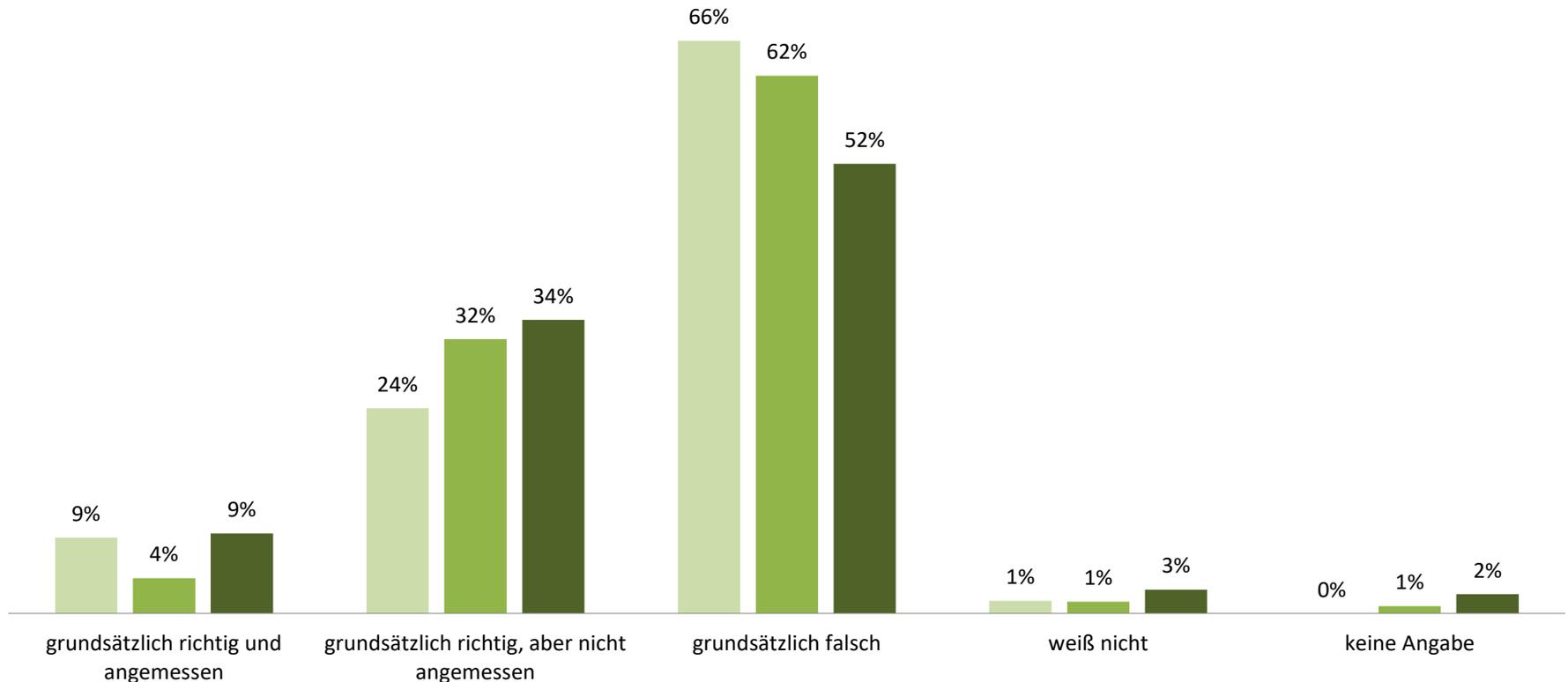
# Wie bewerten Sie Aktionen wie bspw. Straßenblockaden von Klima-Aktivisten?



Über alle Altersgruppen hinweg überwiegt jeweils mehrheitlich der Anteil derer, welche die Straßenblockaden von Klimaaktivisten grundsätzlich als falsch erachten, wobei die jüngsten Befragten (18 bis 29 Jahre) dies deutlich am seltensten so befinden (48 zu 60 – 67 %). Sie sind am häufigsten der Meinung, dass diese grundsätzlich richtig, aber nicht angemessen sind (39 zu 22 – 32 %).

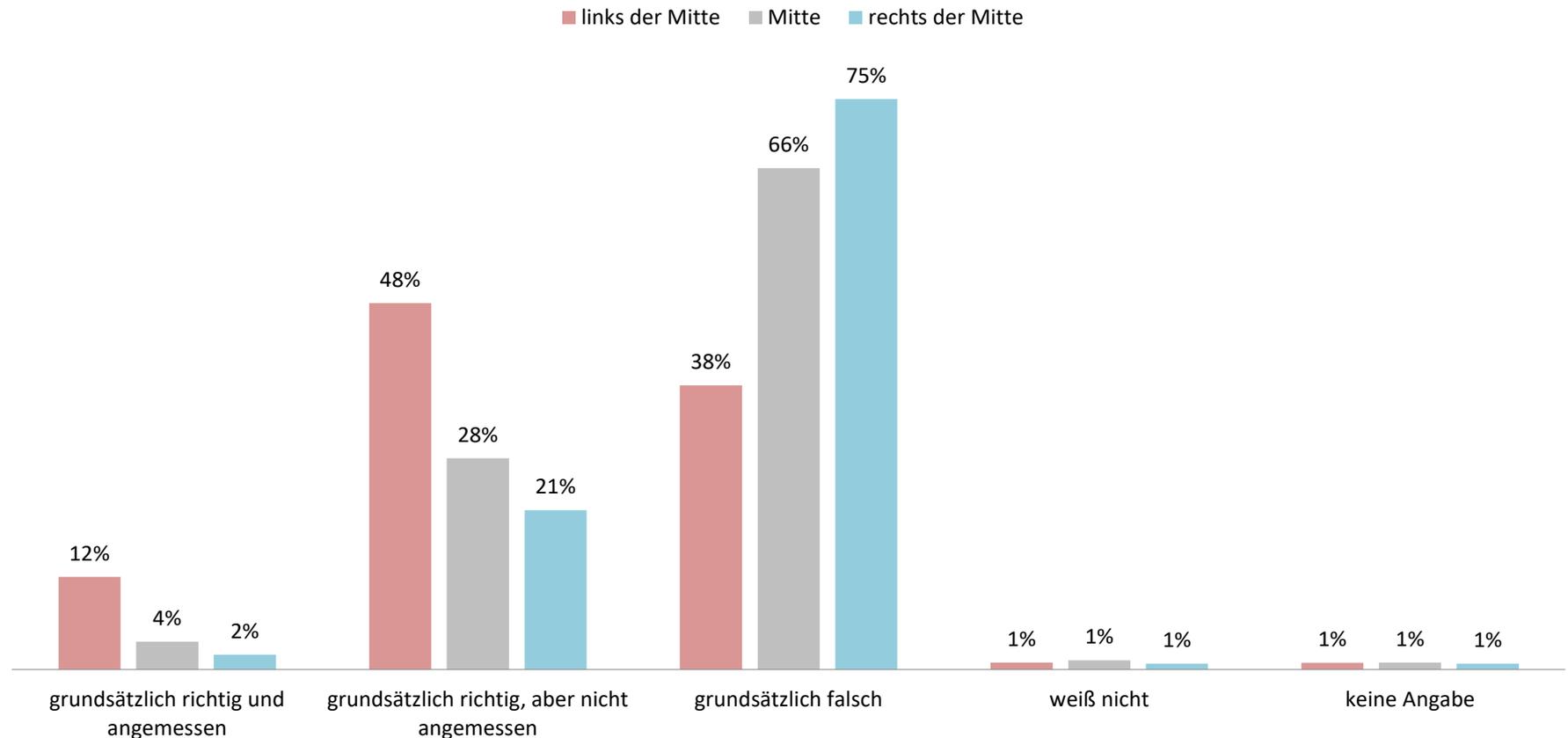
# Wie bewerten Sie Aktionen wie bspw. Straßenblockaden von Klima-Aktivisten?

■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Auch wenn sämtliche sozioökonomischen Schichten jeweils absolut-mehrheitlich solche Aktionen wie Straßenblockaden für falsch halten, sinkt dieser Anteil mit steigender sozioökonomischer Selbstverortung von 66 Prozent bei Befragten der Unterschicht bis auf 52 Prozent bei jenen der Oberschicht. Der umgekehrte Verlauf zeigt sich bei jenen, welche dies grundsätzlich für richtig, aber nicht angemessen finden (von 24 auf 34 %).

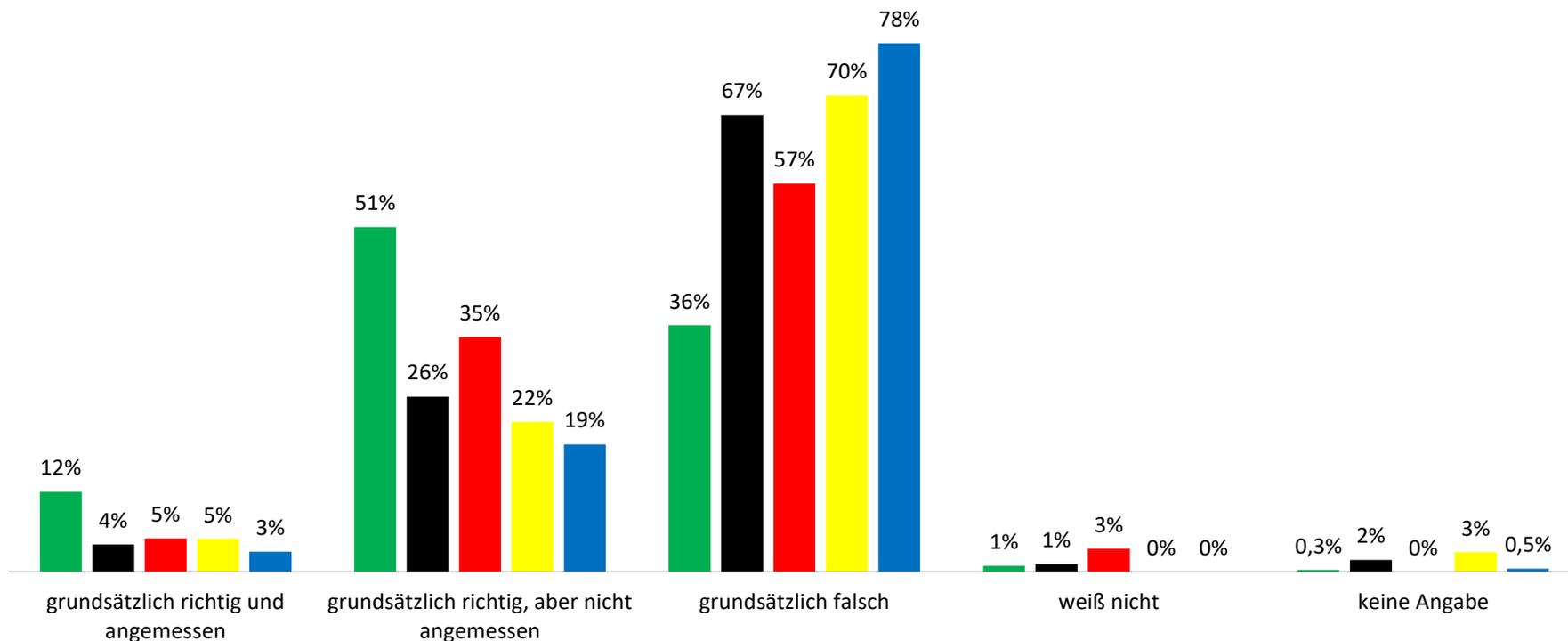
# Wie bewerten Sie Aktionen wie bspw. Straßenblockaden von Klima-Aktivisten?



Einzig Befragte, welche sich links der politischen Mitte verorten, halten Straßenblockaden von Klima-Aktivisten relativ-mehrheitlich grundsätzlich für richtig, aber nicht angemessen (48 %). Auch gibt diese Befragtengruppe häufiger als die anderen an, dass sie solcherlei Aktionen grundsätzlich richtig und angemessen findet (12 zu 4 bzw. 2 %). Sowohl Befragte der Mitte als auch rechts davon finden diese hingegen jeweils absolut-mehrheitlich grundsätzlich falsch (66 bzw. 75 %).

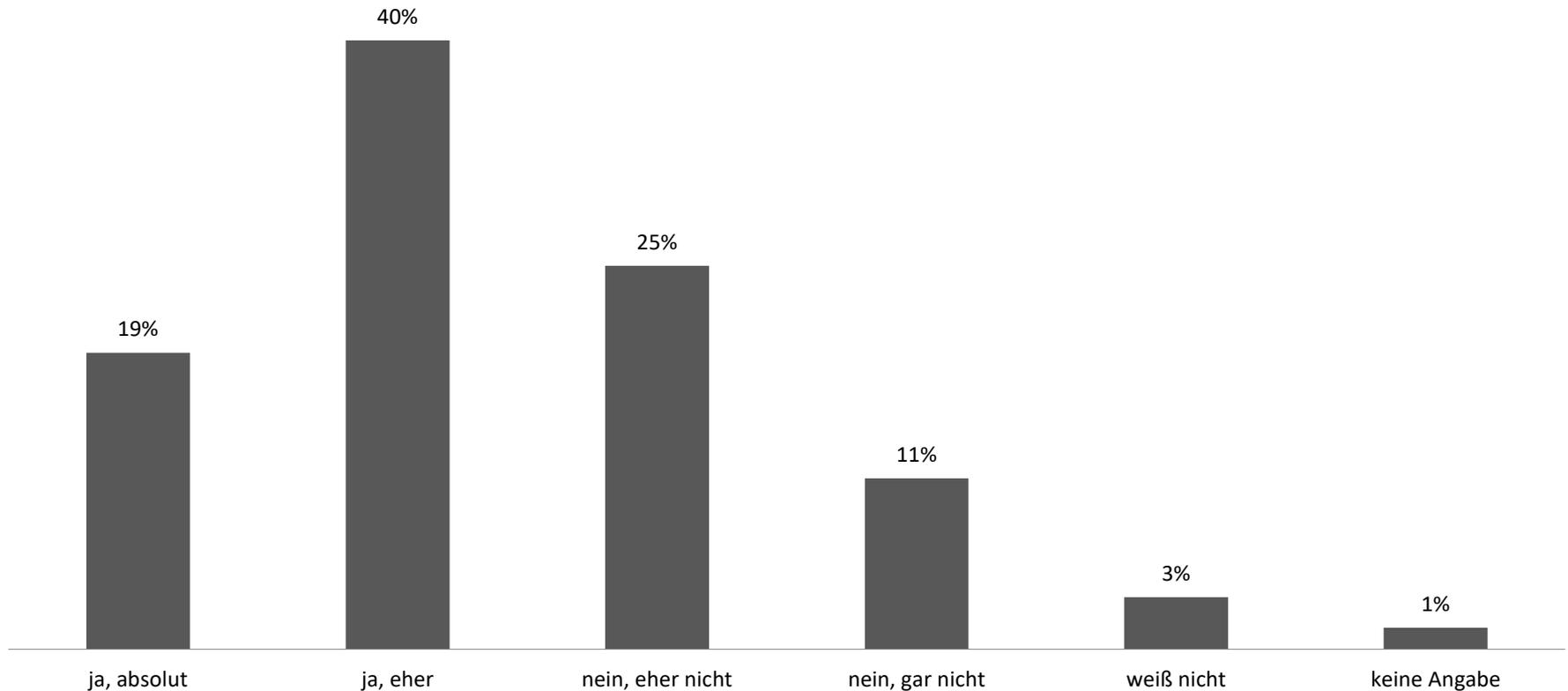
# Wie bewerten Sie Aktionen wie bspw. Straßenblockaden von Klima-Aktivisten?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



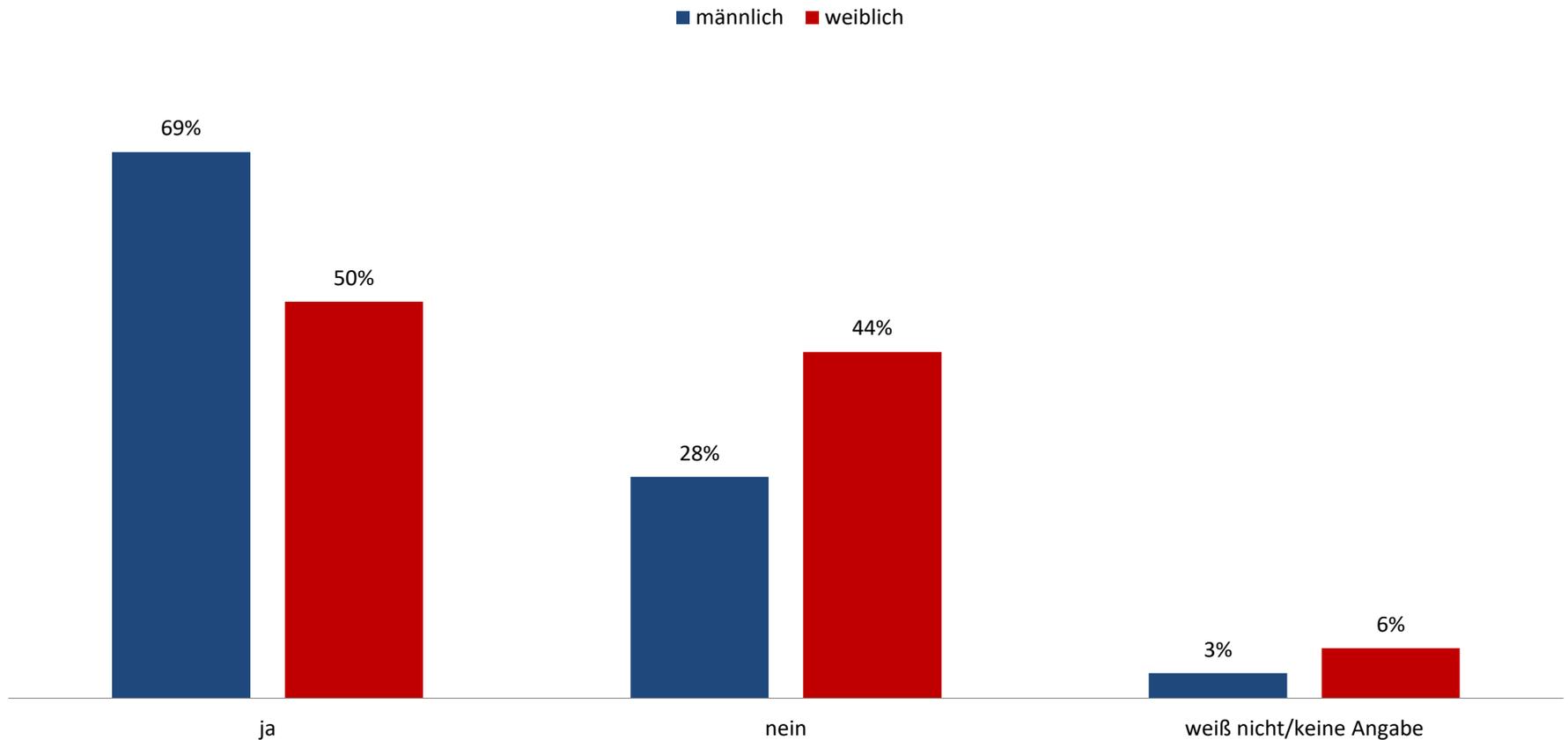
Grünen-Wähler sind absolut-mehrheitlich der Meinung, dass die Aktionen von Klima-Aktivisten wie bspw. Straßenblockaden grundsätzlich richtig, aber nicht angemessen sind (51 %). Die restlichen Wählergruppen halten diese wiederum jeweils absolut-mehrheitlich für falsch (57 – 78 %). Darüber hinaus geben Wähler der Grünen mit zwölf Prozent am häufigsten an, dass sie solche Aktionen grundsätzlich richtig und angemessen finden (12 zu 3 – 5 %).

## Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?



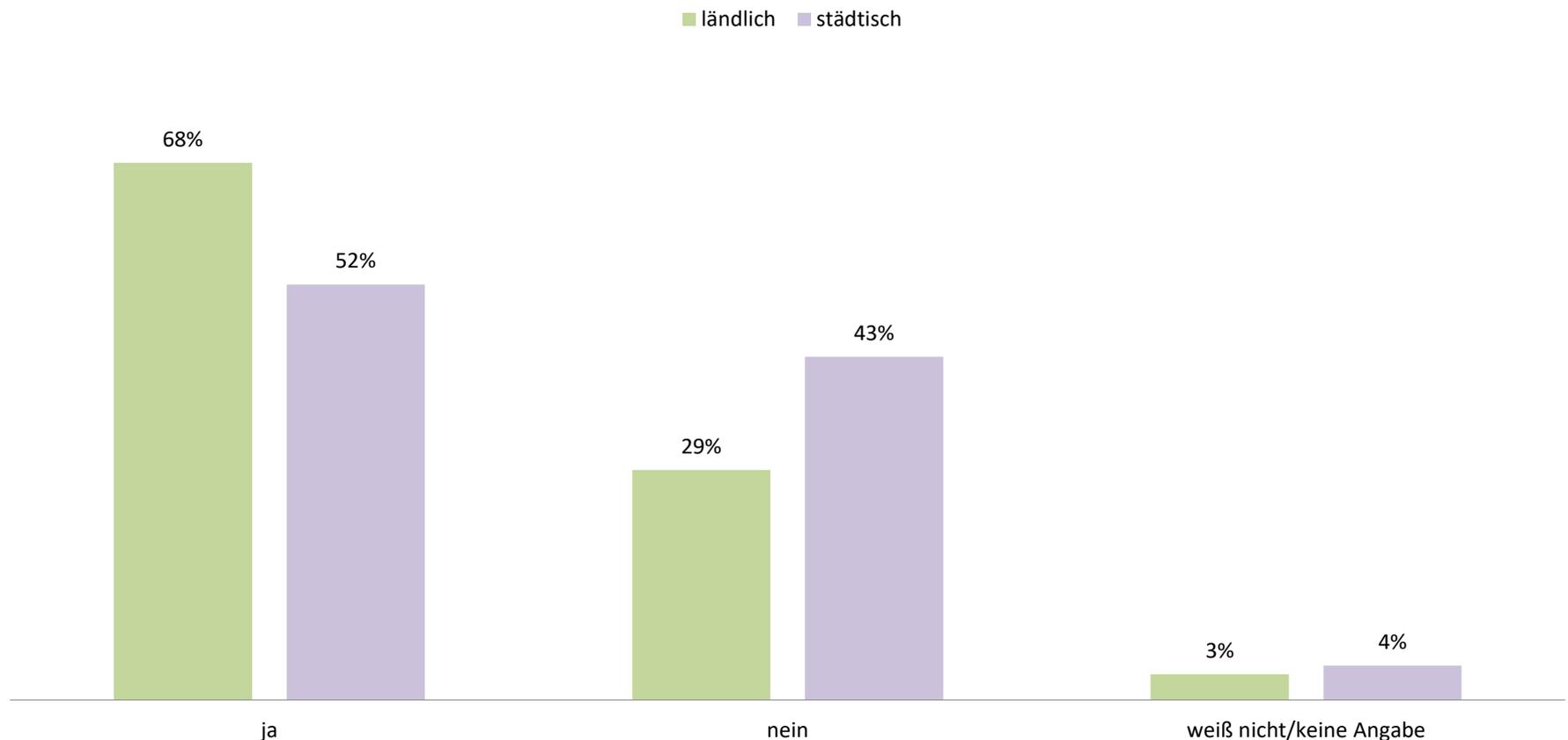
40 Prozent der Befragten fühlen sich nach der Einbruch der Dunkelheit an ihrem Heimatort eher und weitere 19 Prozent absolut sicher (59 %, kumuliert). Ein Viertel (25 %) fühlt sich hingegen eher nicht und weitere elf Prozent gar nicht sicher (36 %, kumuliert). Drei Prozent können und ein Prozent will sich hierzu nicht positionieren.

# Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?



Sowohl befragte Männer als auch Frauen fühlen sich jeweils absolut-mehrheitlich sicher an ihrem Heimatort, auch wenn es dunkel ist, wobei letztere dies jedoch deutlich seltener so angeben (50 zu 69 %). Sie fühlen sich entsprechend deutlich öfter unsicher (44 zu 28 %).

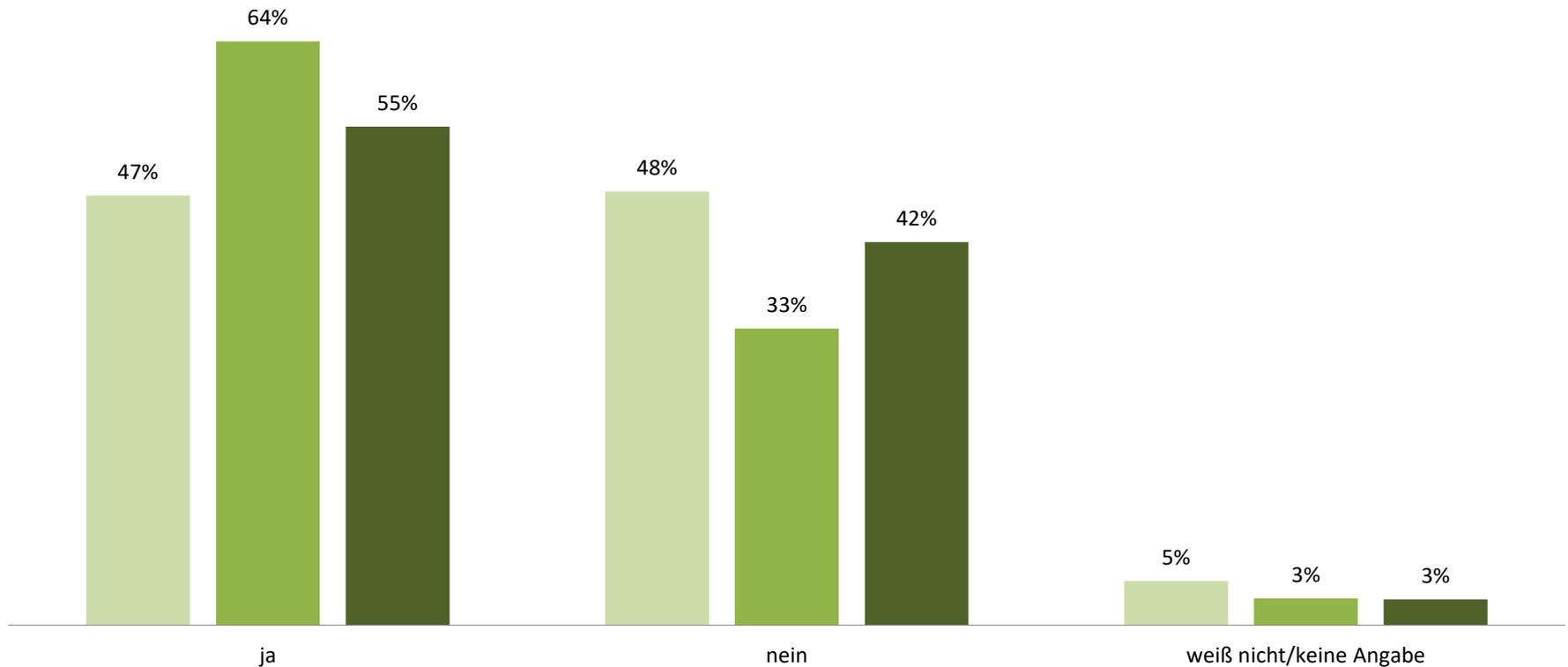
# Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?



Ländlich wohnende Befragte bejahen hier deutlich häufiger als dies jene tun, die in einer Stadt leben (68 zu 52 %), welche entsprechend deutlich öfter verneinen (43 zu 29 %). Bei beiden Befragtengruppen überwiegt allerdings jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche sich an ihrem Heimatort nach Einbruch der Dunkelheit sicher fühlen.

# Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?

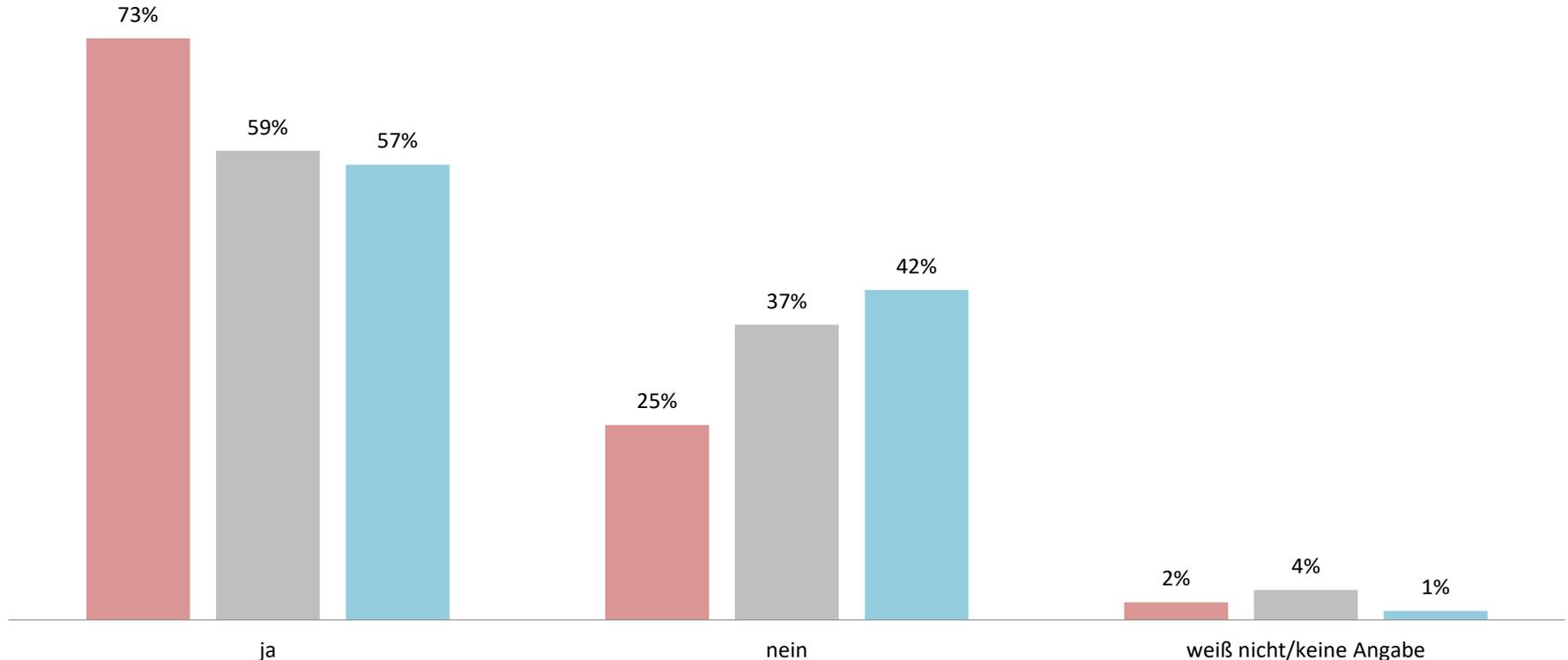
■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Umfrageteilnehmer, welche sich der Unterschicht zuordnen, sind in dieser Frage gespalten (48 % nein, 47 % ja). Sowohl Befragte der Mittel- als auch der Oberschicht fühlen sich jeweils absolut-mehrheitlich sicher, wobei erstere dies noch einmal häufiger angeben (64 zu 55 %).

# Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?

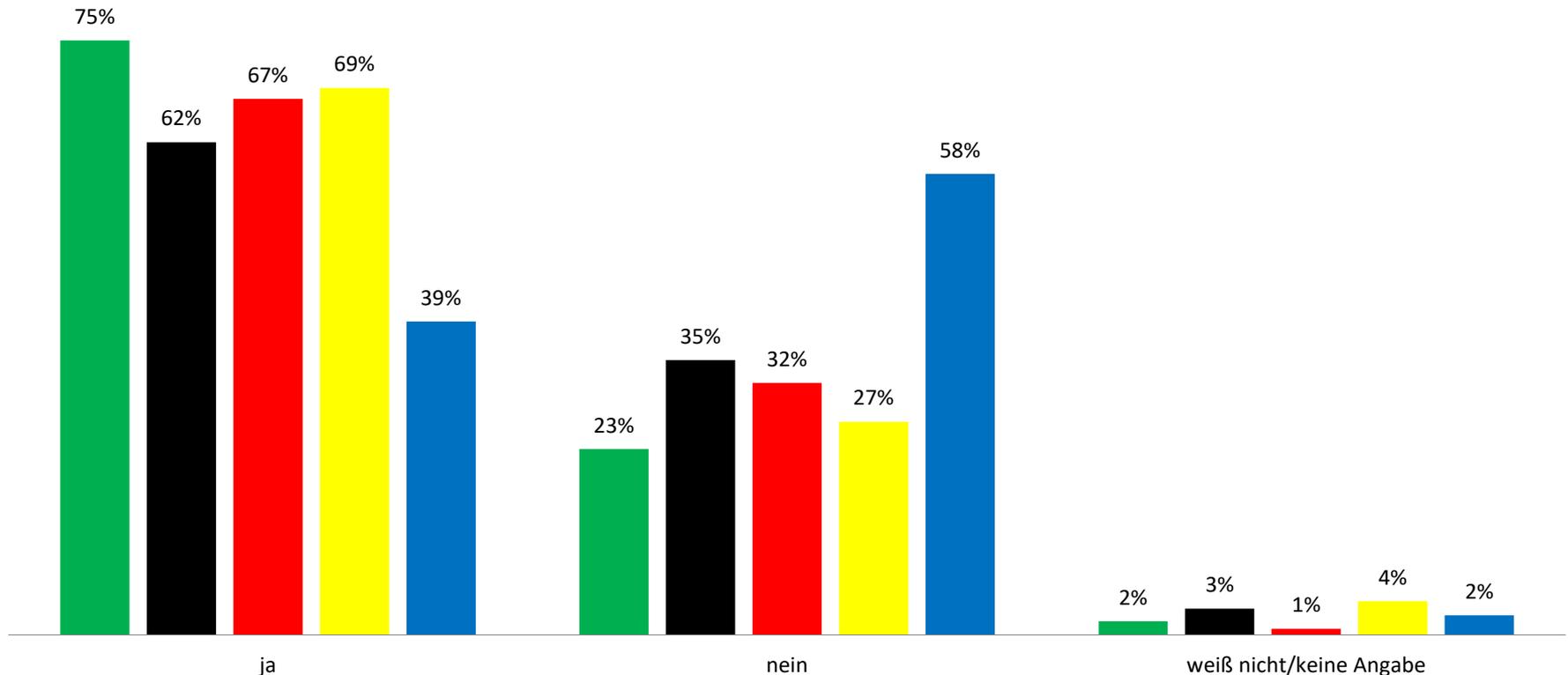
links der Mitte    Mitte    rechts der Mitte



Auch wenn über alle Befragten hinweg der Anteil derer überwiegt, welche sich nach Einbruch der Dunkelheit an ihrem Heimatort sicher fühlen, geben dies Befragte, welche sich links der politischen Mitte verorten, deutlich am häufigsten an (73 zu 59 bzw. 57 %).

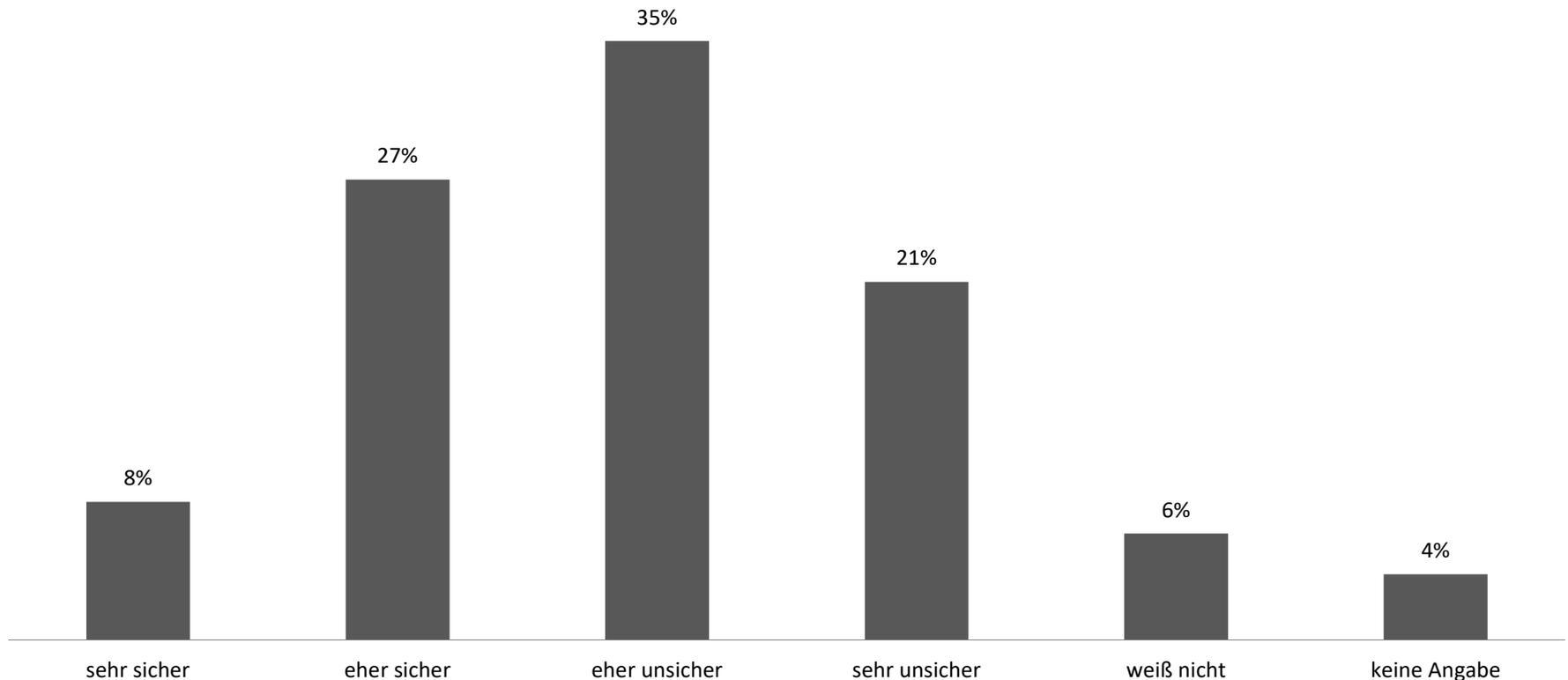
# Fühlen Sie sich nach Einbruch der Dunkelheit in ihrem Heimatort sicher?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



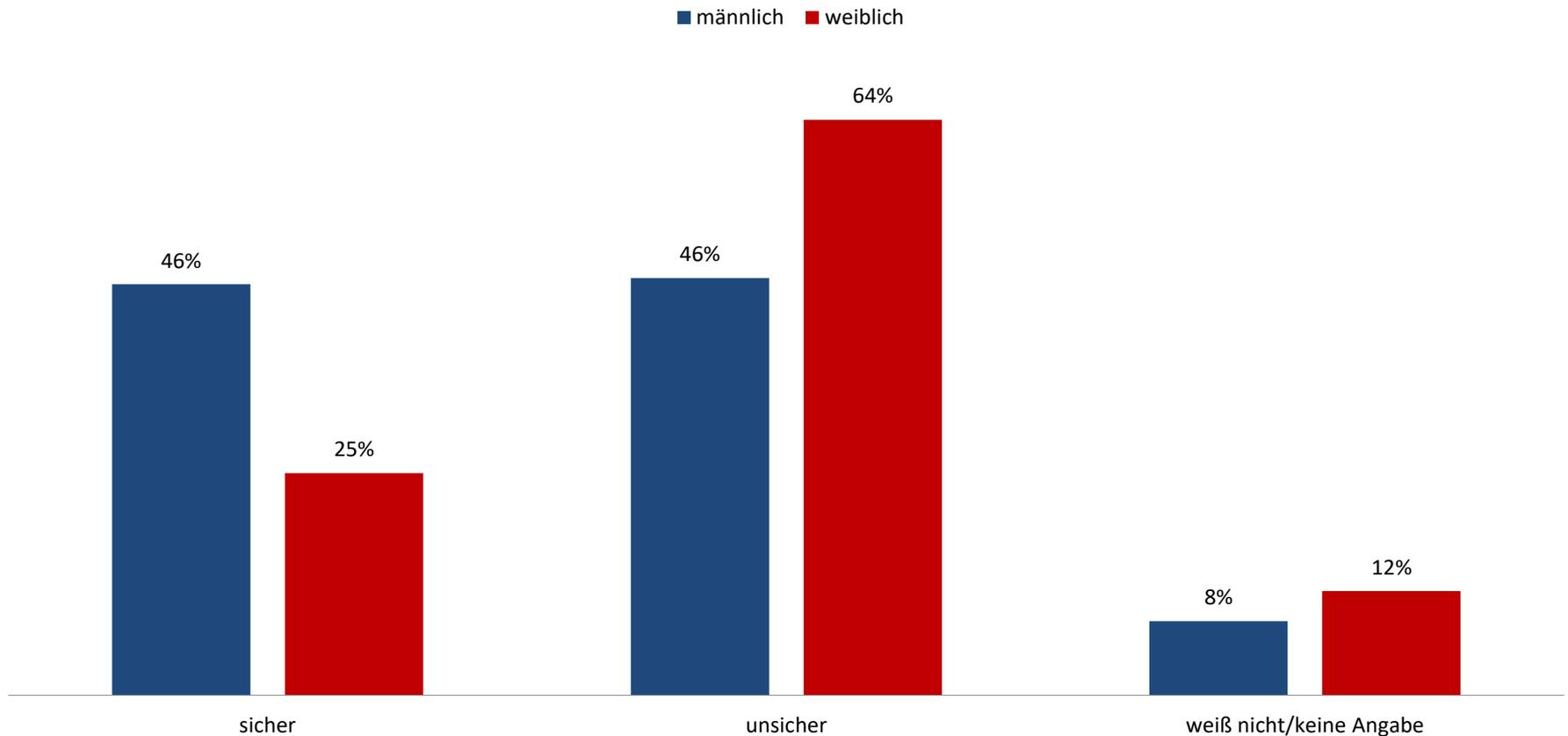
Einzig befragte AfD-Wähler fühlen sich nach Einbruch der Dunkelheit an ihrem Heimatort absolut-mehrheitlich unsicher (58 %). Die restlichen Wählergruppen geben jeweils absolut-mehrheitlich das Gegenteil an, wobei der Anteil der Grünen-Wählern hier deutlich am höchsten ausfällt (75 zu 62 – 69 %).

## Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?



Während sich 35 Prozent generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts eher und weitere 21 Prozent sehr unsicher fühlen (56 %, kumuliert), fühlen sich 27 Prozent eher und weitere acht Prozent sehr sicher (35 %, kumuliert). Sechs Prozent wissen es nicht und vier Prozent wollen diese Frage nicht beantworten.

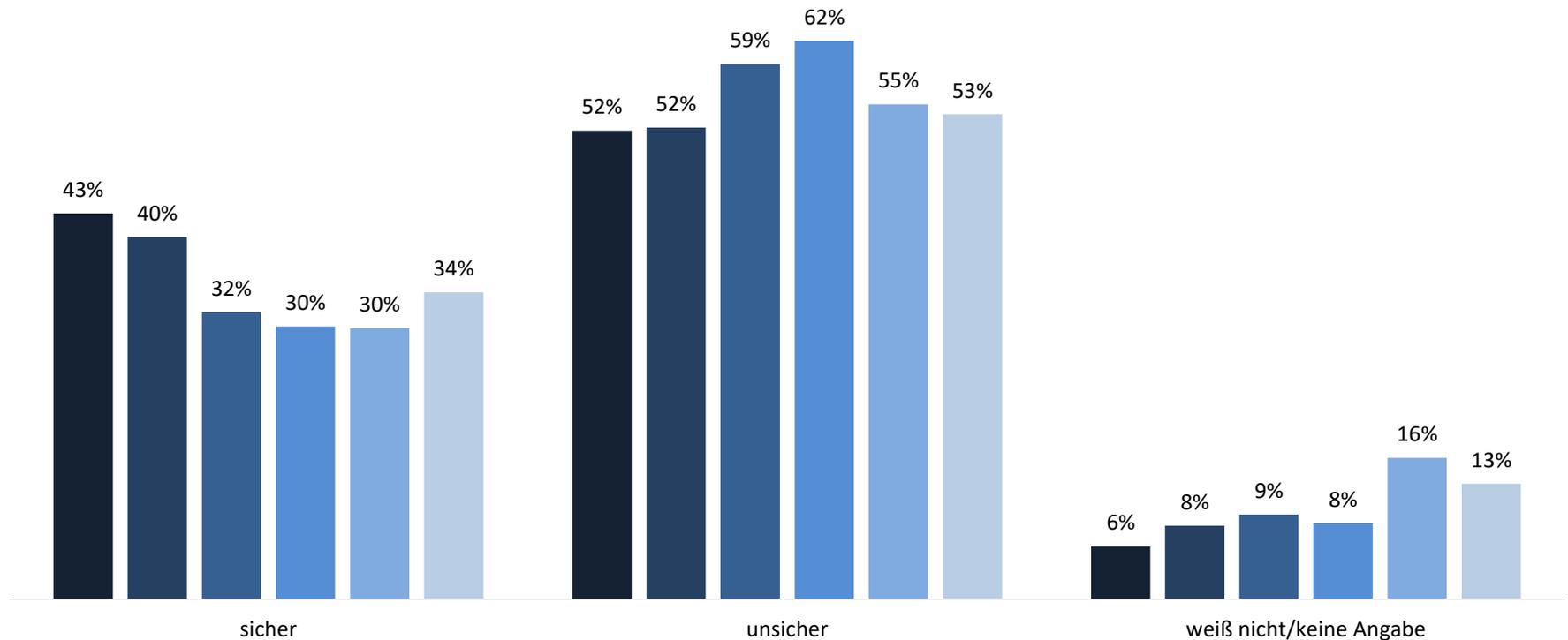
## Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?



Männliche Befragte sind sich in dieser Frage uneins (je 46 % sicher bzw. unsicher). Weibliche Befragte fühlen sich bei der Nutzung des ÖPNV in großen Städten Baden-Württembergs absolut-mehrheitlich und entsprechend deutlich häufiger unsicher (64 zu 46 %).

# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?

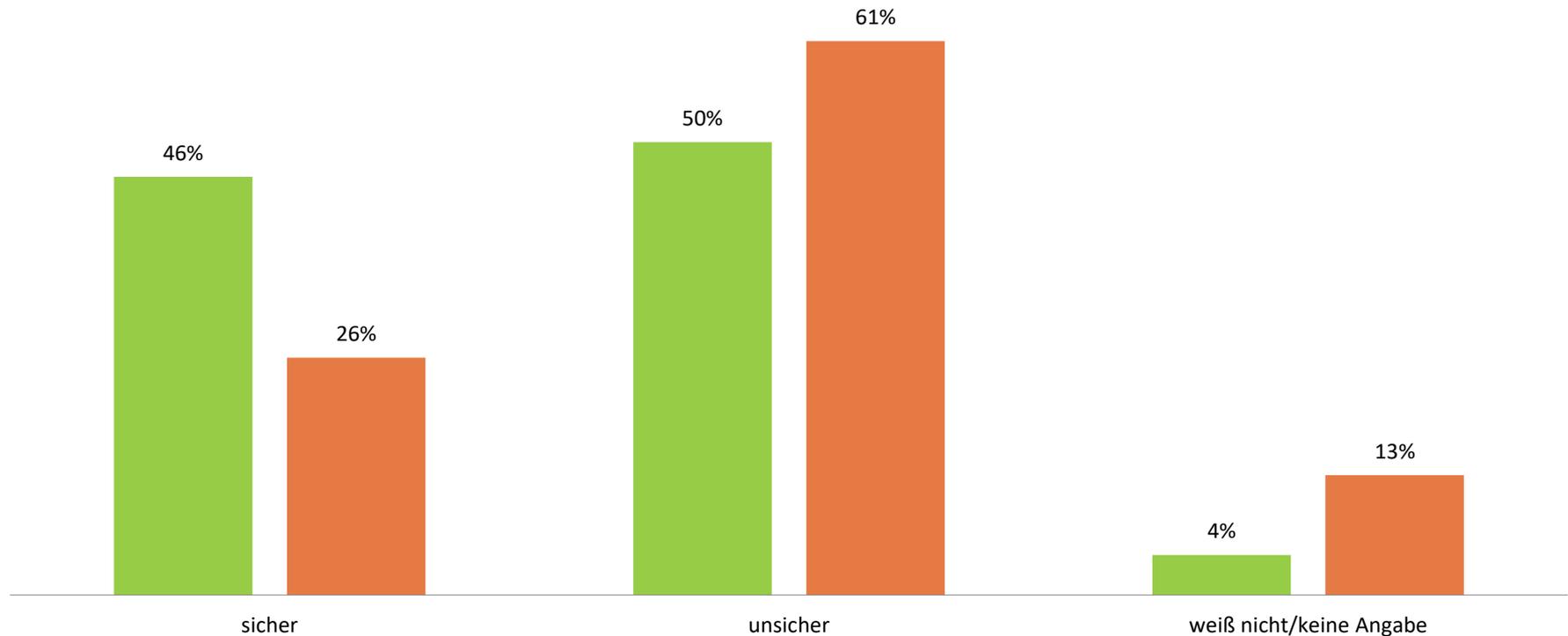
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ 60 bis 69 Jahre ■ ab 70 Jahre



Auch wenn über sämtliche Altersgruppen hinweg jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer überwiegt, welche sich bei der abendlichen bzw. nächtlichen Nutzung des ÖPNV in großen baden-württembergischen Städten unsicher fühlen (52 – 62 %), geben die beiden jüngsten Befragtengruppen häufiger das Gegenteil an (43 bzw. 40 zu 30 – 34 %).

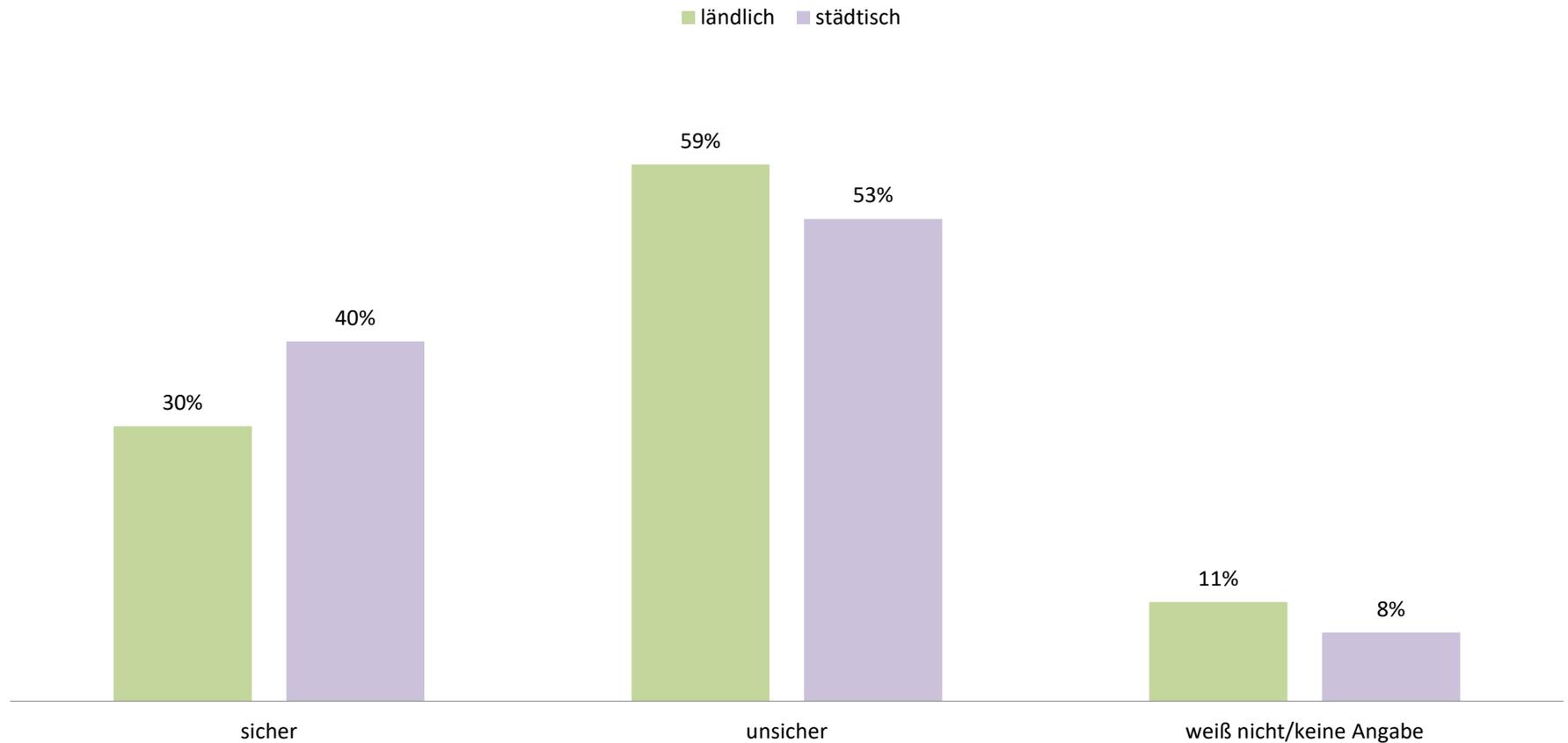
# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?

■ regelmäßige Nutzung des ÖPNV    ■ keine regelmäßige Nutzung des ÖPNV



Sowohl Befragte, welche regelmäßig den ÖPNV nutzen, als auch jene, welche dies nicht tun, fühlen sich jeweils absolut-mehrheitlich bei der Nutzung des ÖPNV in großen Städten Baden-Württembergs unsicher, wobei letztere dies noch einmal häufiger angeben (61 zu 50 %). Befragte, welche den ÖPNV regelmäßig nutzen, geben deutlich häufiger an, dass sie sich hierbei auch abends und nachts sicher fühlen (46 zu 26 %).

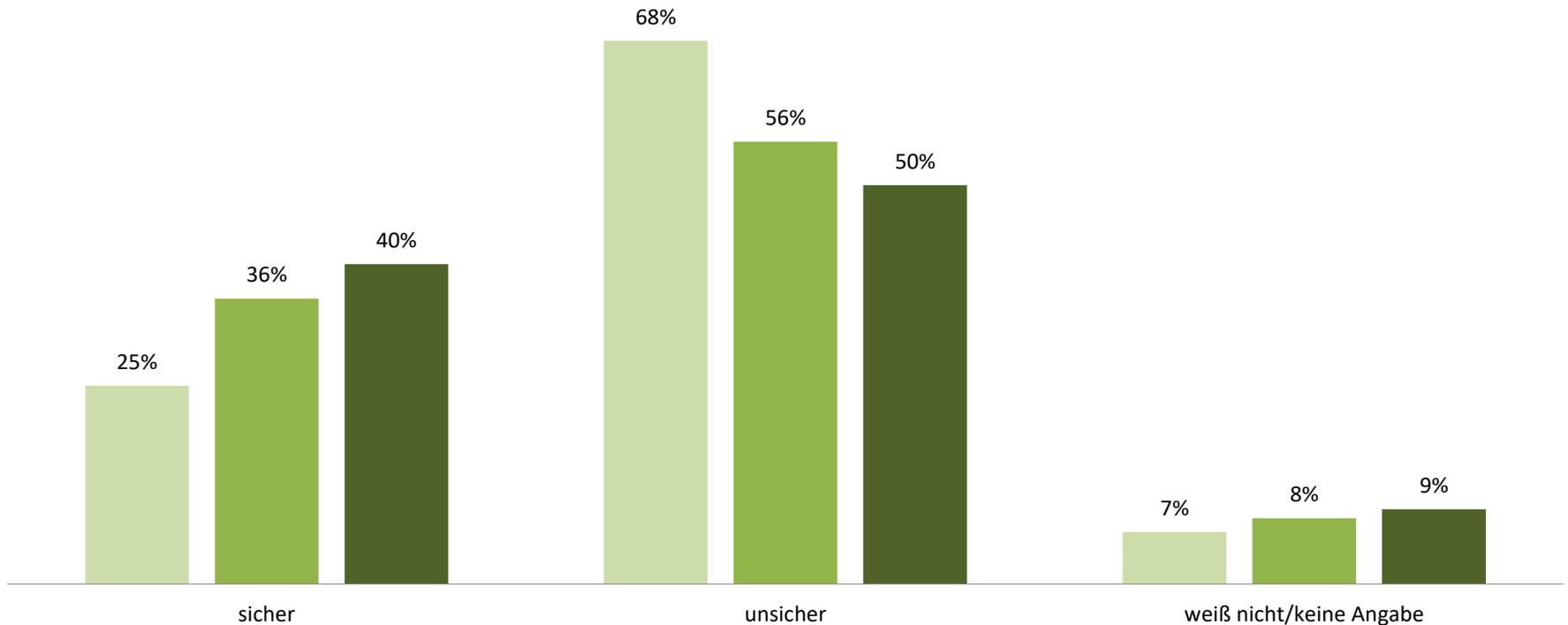
# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?



Beide Befragten Gruppen fühlen sich jeweils absolut-mehrheitlich unsicher, wobei ländlich Lebende dies öfter so angeben (59 zu 53 %). Stadtbewohner fühlen sich entsprechend deutlich häufiger sicher (40 zu 30 %).

# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?

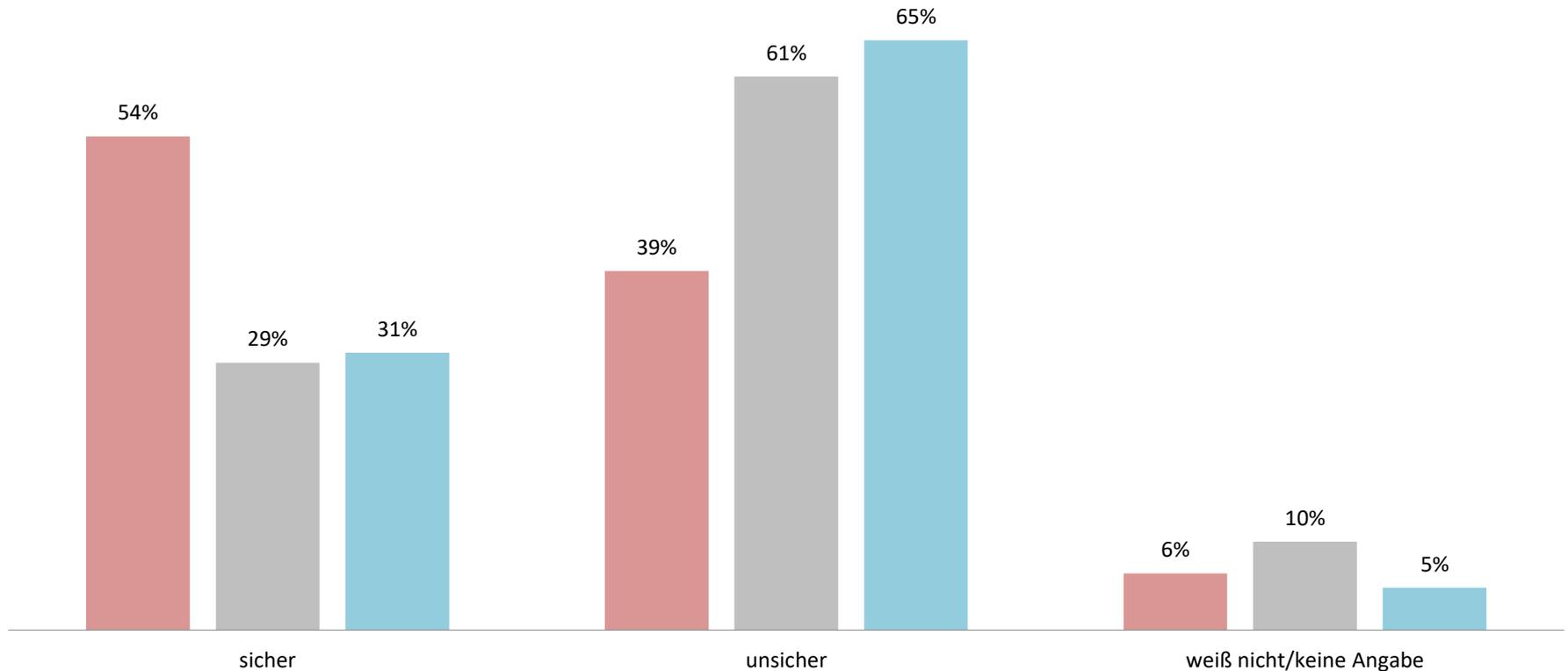
■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Bei sämtlichen sozioökonomischen Gruppen überwiegt jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche sich bei der Nutzung des ÖPNV abends und nachts unsicher fühlen, wobei dieser mit steigendem Status sinkt (von 68 auf 50 %).

# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?

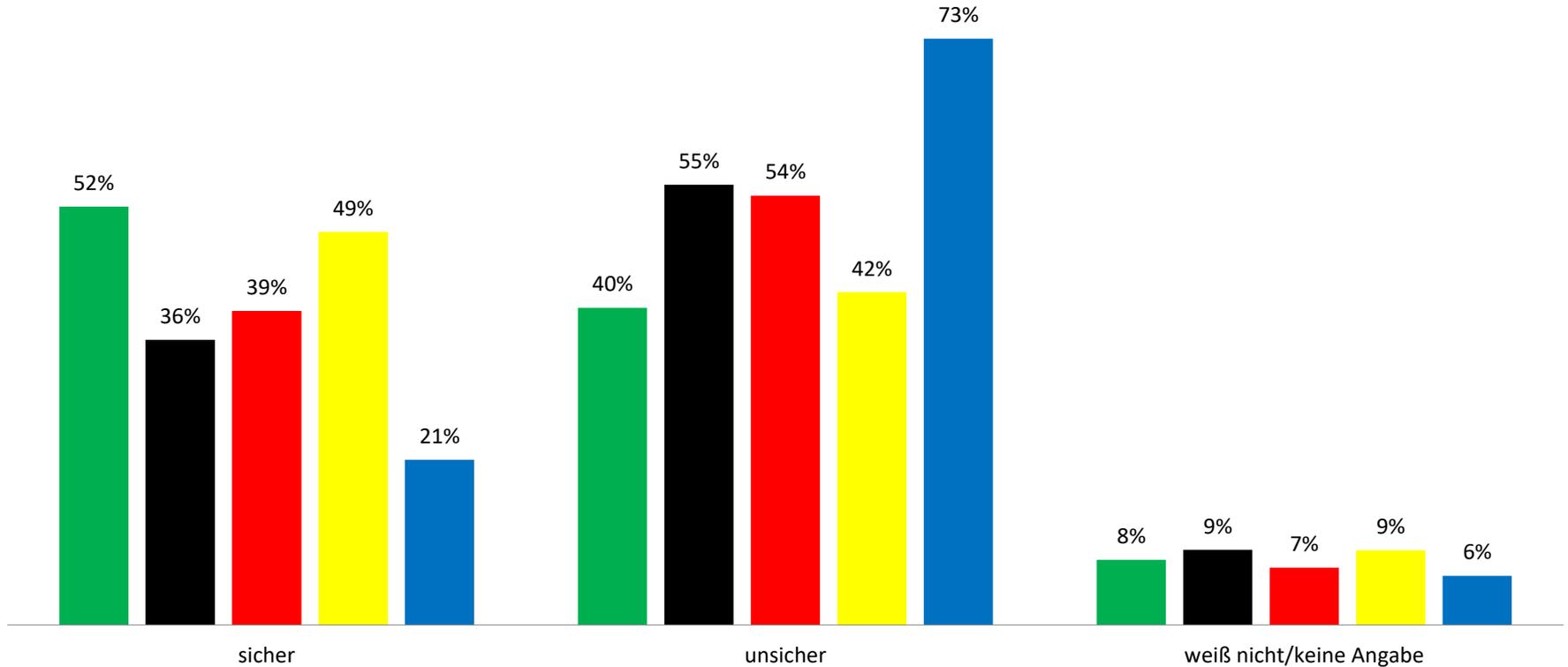
■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte



Einzig Befragte, welche sich links der politische Mitte verorten, fühlen sich absolut-mehrheitlich bei der ÖPNV-Nutzung abends und nachts sicher (54 %). Befragte der Mitte und rechts davon geben jeweils absolut-mehrheitlich das Gegenteil an (61 bzw. 65 %).

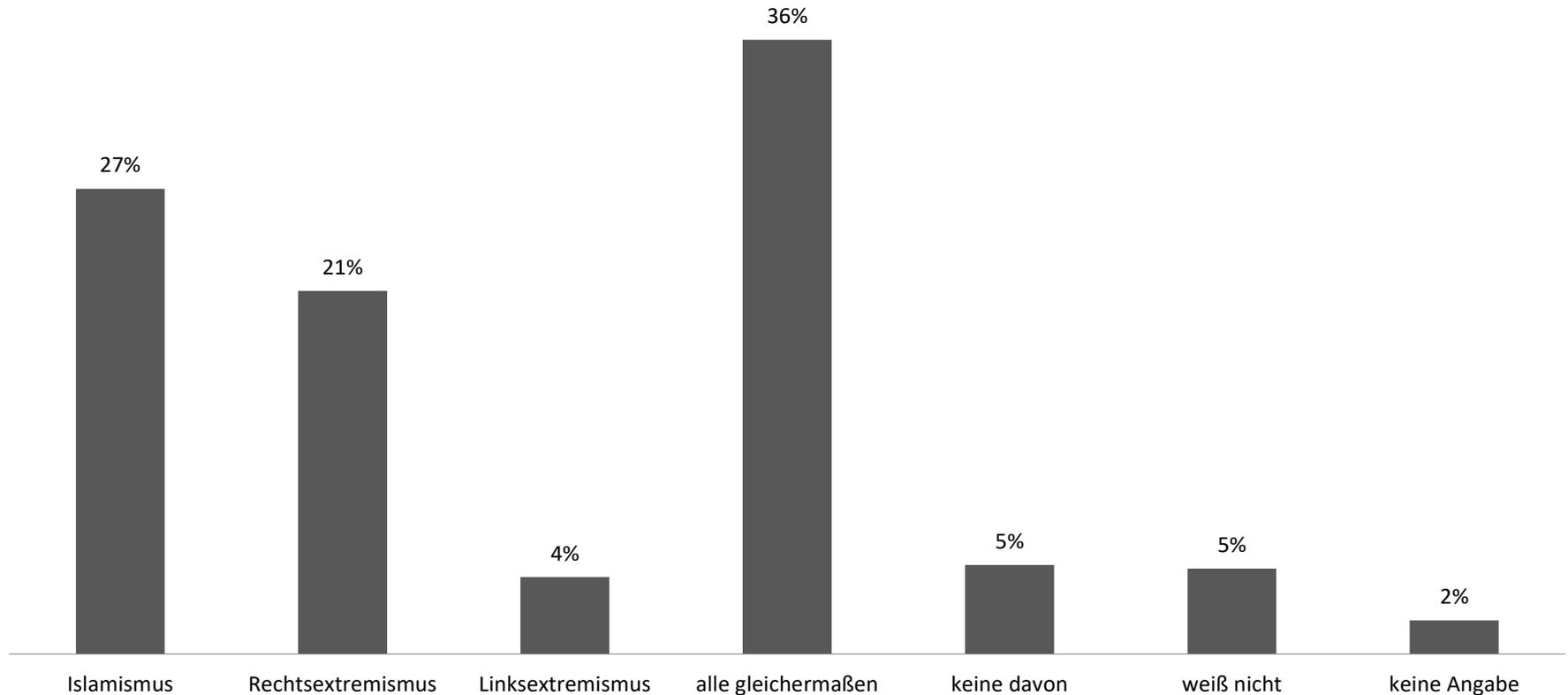
# Fühlen Sie sich generell bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in großen Städten in Baden-Württemberg abends und nachts (eher) sicher oder (eher) unsicher?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



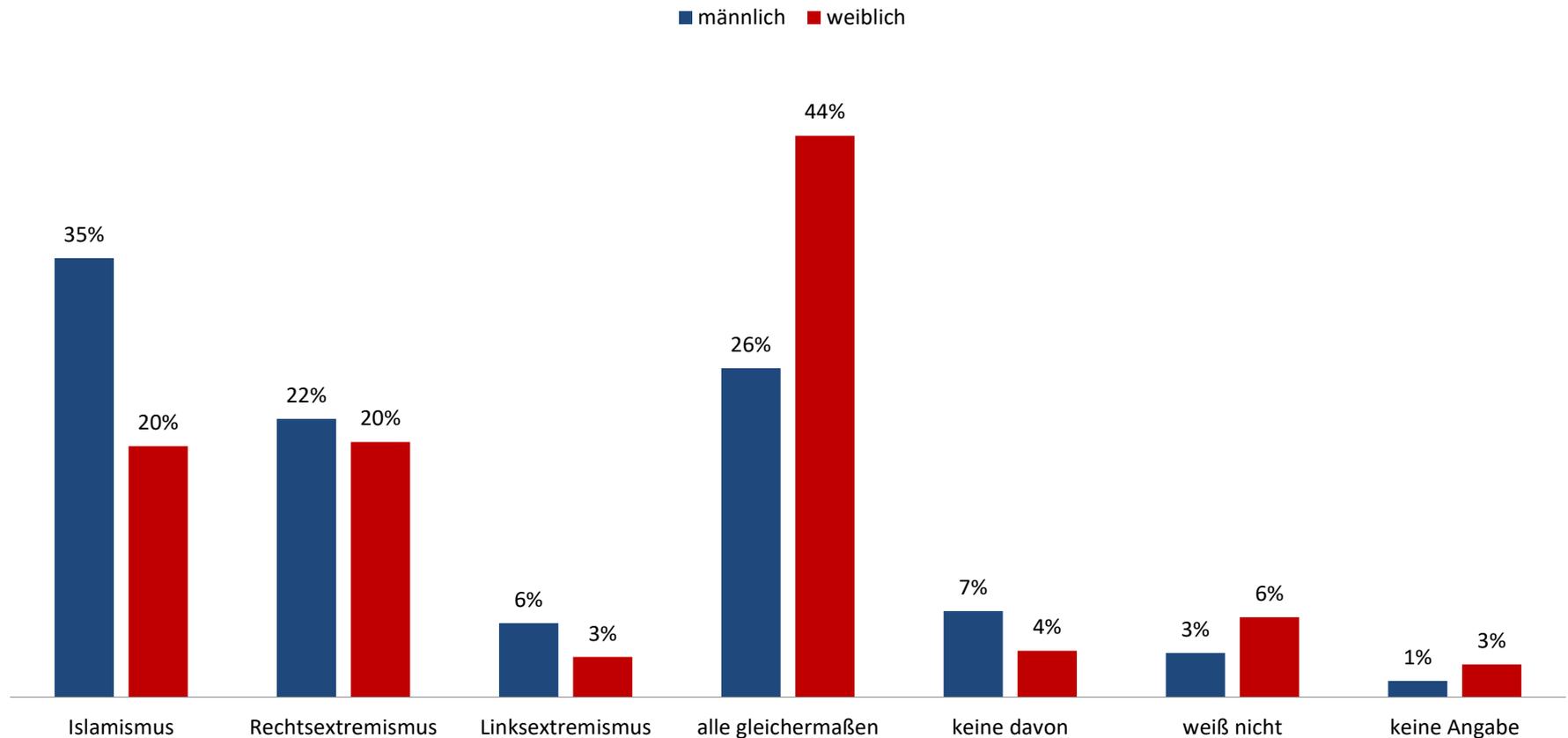
Während Wähler der FDP (49 %) sich relativ-mehrheitlich und jene der Grünen (52 %) absolut-mehrheitlich sicher fühlen, tun dies Wähler der SPD (54 %), der CDU (55 %) sowie der AfD (73 %) jeweils absolut-mehrheitlich nicht.

## Welche der folgenden Formen von Extremismus fürchten Sie derzeit in Baden-Württemberg am meisten?



36 Prozent fürchten sämtliche abgefragten Extremismusformen gleichermaßen. 27 Prozent heben den Islamismus, 21 Prozent den Rechtsextremismus und lediglich vier Prozent den Linksextremismus hervor. Fünf Prozent fürchten keine der abgefragten Formen. Weitere fünf Prozent können und zwei Prozent wollen sich hierzu nicht positionieren.

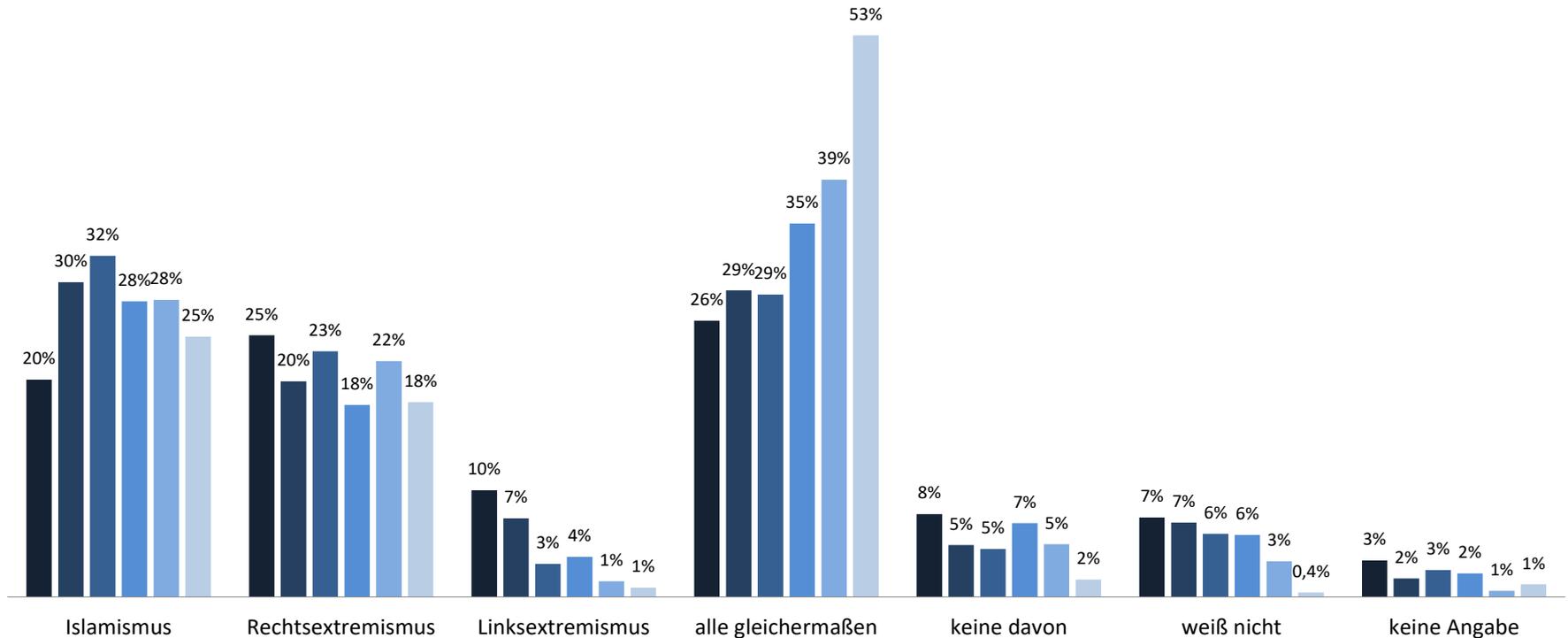
# Welche der folgenden Formen von Extremismus fürchten Sie derzeit in Baden-Württemberg am meisten?



Während Frauen relativ-mehrheitlich alle Formen gleichermaßen als gefährlich ansehen (44 %), heben hier Männer relativ-mehrheitlich und entsprechend deutlich häufiger den Islamismus hervor (35 zu 20 %).

# Welche der folgenden Formen von Extremismus fürchten Sie derzeit in Baden-Württemberg am meisten?

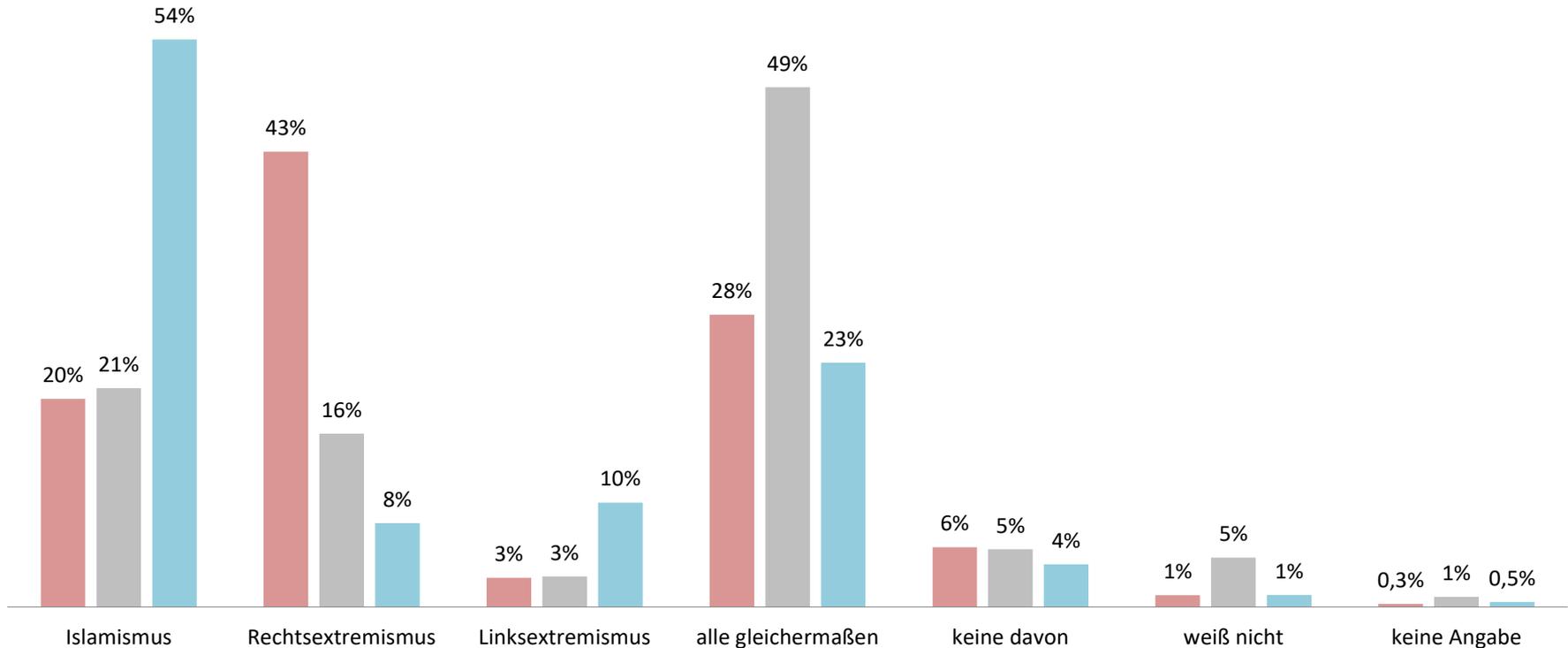
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ 60 bis 69 Jahre ■ ab 70 Jahre



Je älter die Befragten, desto häufiger betrachten sie sämtliche abgefragten Extremismusformen als gleichermaßen gefährlich (von 26 auf 53 %). Der umgekehrte Verlauf zeigt sich wiederum bei jenen, welche den Linksextremismus anführen (von 10 auf 1 %). Weiter geben 18- bis 29-Jährige den Islamismus am seltensten an (20 zu 25 – 32 %).

# Welche der folgenden Formen von Extremismus fürchten Sie derzeit in Baden-Württemberg am meisten?

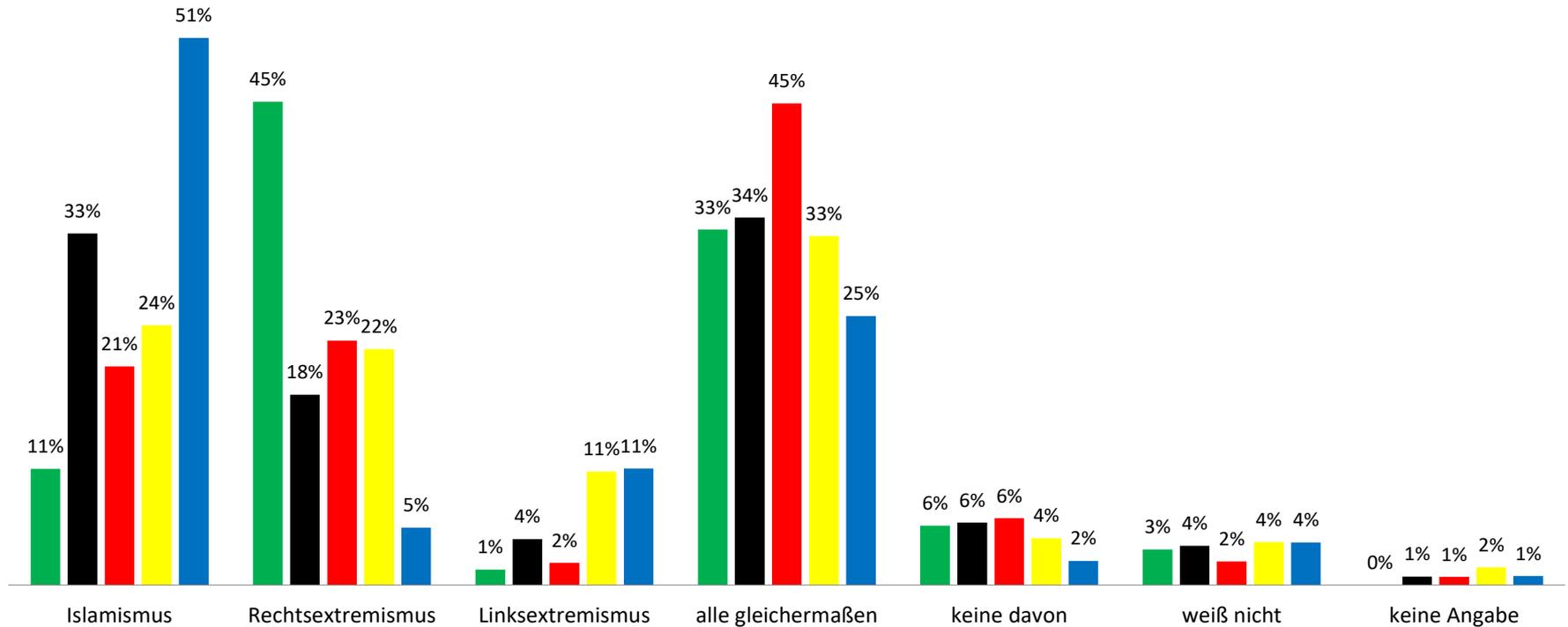
■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte



Befragte, welche sich rechts der politischen Mitte verorten, fürchten absolut-mehrheitlich den Islamismus (54 %) am meisten, links Verortete (43 %) relativ-mehrheitlich den Rechtsextremismus und Befragte der Mitte (49 %) relativ-mehrheitlich alle Extremismusformen gleichermaßen. Weiter geben rechts Verortete am häufigsten den Linksextremismus an (10 zu je 3 %).

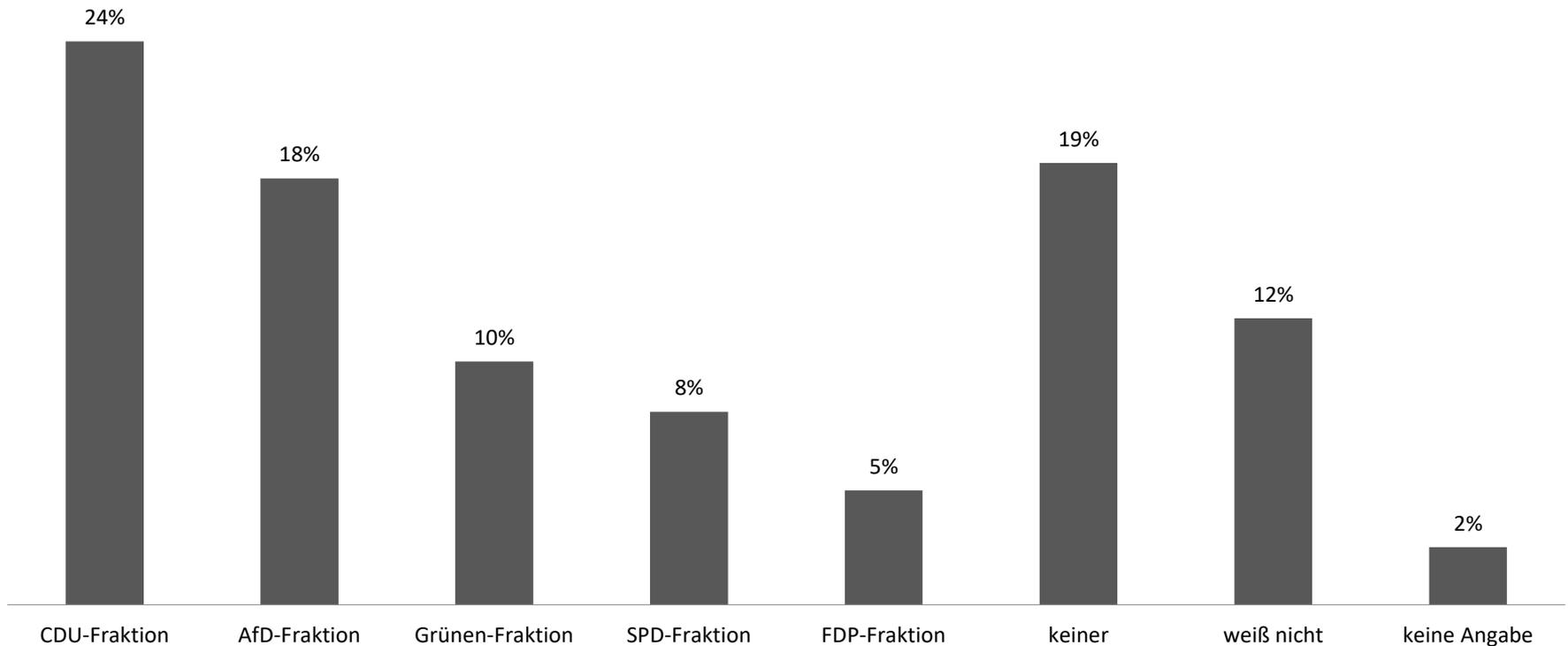
# Welche der folgenden Formen von Extremismus fürchten Sie derzeit in Baden-Württemberg am meisten?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



Wähler der AfD (51 %) nennen hier absolut-mehrheitlich den Islamismus, Wähler der Grünen (45 %) den Rechtsextremismus, Wähler der FDP (33 %) sowie der SPD (45 %) jeweils relativ-mehrheitlich sämtliche Extremismusformen gleichermaßen. CDU-Wähler sind hier zwischen Islamismus (33 %) und allen Formen gleichermaßen (34 %) gespalten. Zudem führen Wähler der FDP sowie der AfD den Linksextremismus häufiger als der Rest an (je 11 zu 1 – 4 %).

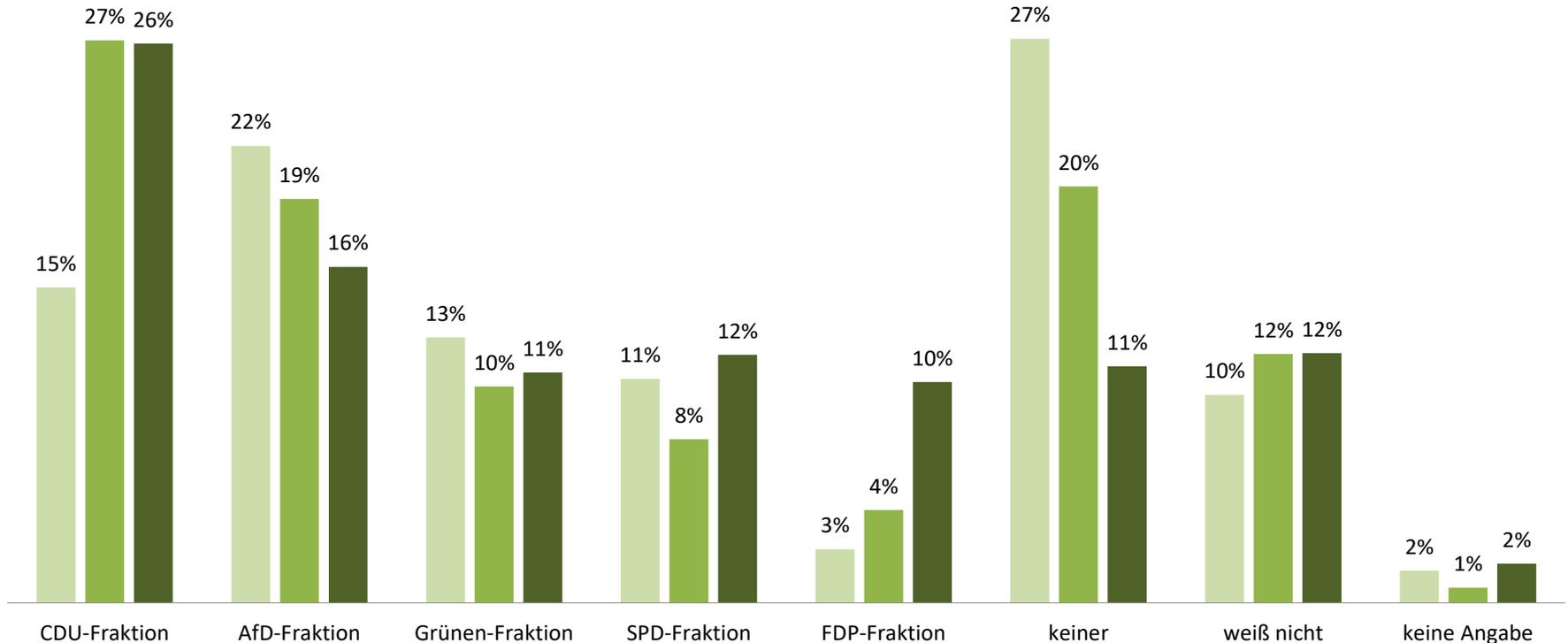
## Welcher Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg trauen Sie am ehesten eine Lösung der Sicherheitsprobleme zu?



24 Prozent trauen am ehesten der CDU-Fraktion die Lösung der Sicherheitsprobleme zu, 18 Prozent der AfD-Fraktion und zehn Prozent der Grünen-Fraktion. Auf die beiden übrigen Fraktionen entfallen jeweils lediglich einstellige Werte (SPD-Fraktion: 8 %, FDP-Fraktion: 5 %). Etwa ein Fünftel (19 %) traut dies keiner Fraktion zu. Zwölf Prozent können und zwei Prozent wollen diese Frage nicht beantworten.

# Welcher Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg trauen Sie am ehesten eine Lösung der Sicherheitsprobleme zu?

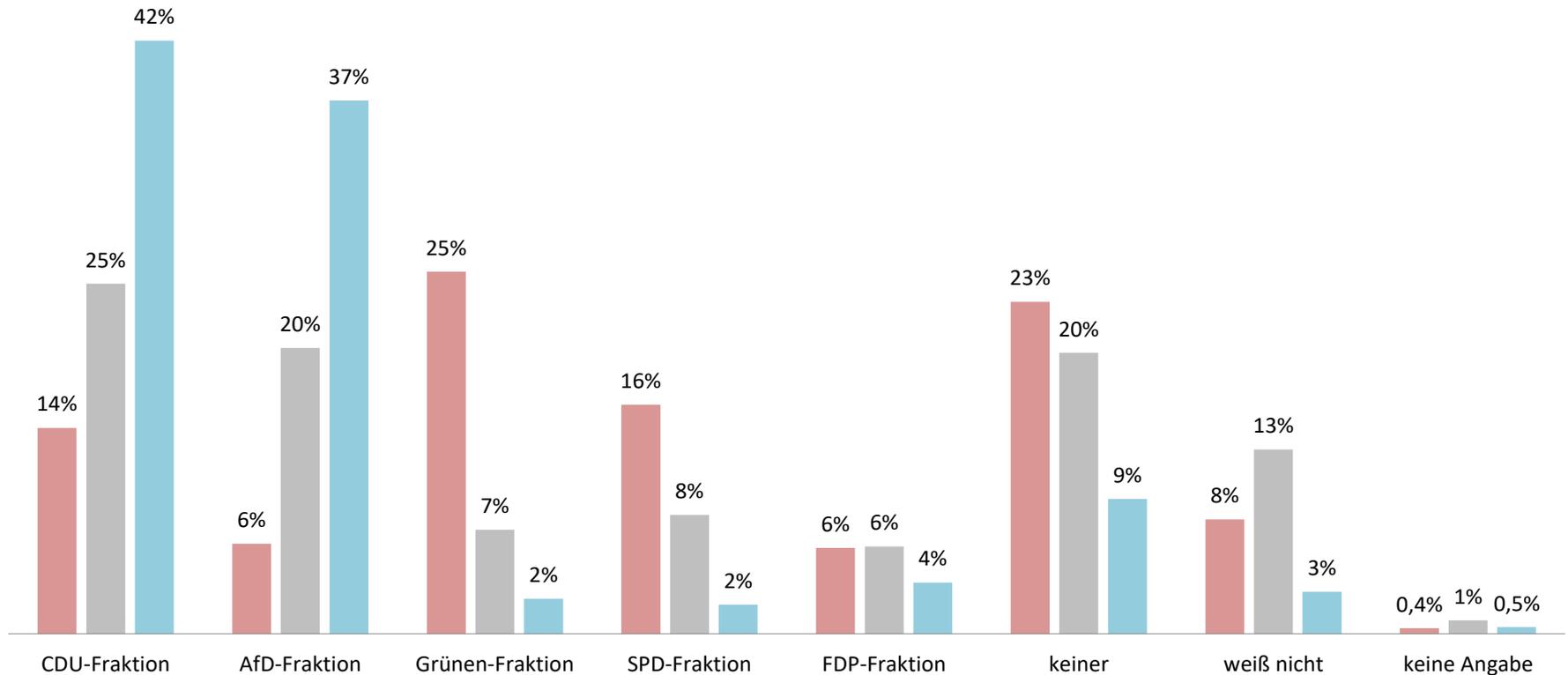
■ Unterschicht ■ Mittelschicht ■ Oberschicht



Sowohl Befragte der Mittel- als auch der Oberschicht trauen die Lösung der Sicherheitsprobleme jeweils relativ-mehrheitlich am ehesten der CDU-Fraktion zu (27 bzw. 26 %). Unterschichtler trauen dies relativ-mehrheitlich keiner Fraktion zu (27 %). Zudem sinkt mit steigendem sozioökonomischen Status der Anteil derer, welche die AfD-Fraktion anführen (von 22 auf 16 %). Weiter nennen Oberschichtler die FDP-Fraktion öfter (10 zu 3 bzw. 4 %).

# Welcher Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg trauen Sie am ehesten eine Lösung der Sicherheitsprobleme zu?

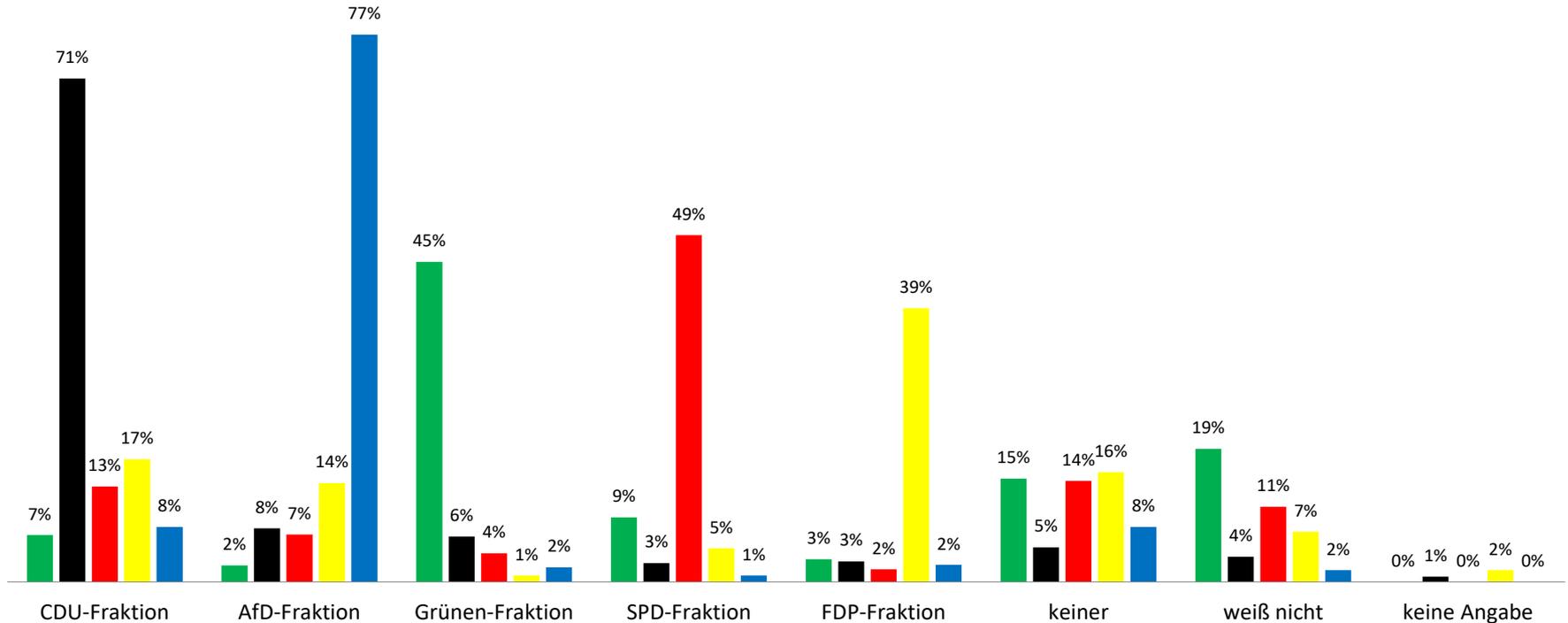
■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte



Je weiter rechts der politischen Mitte sich die Umfrageteilnehmer verorten, desto häufiger nennen sie hier die CDU- (von 14 auf 42 %) sowie die AfD-Fraktion (von 6 auf 37 %). Entsprechend umgekehrt verhält es sich bei jenen, welche die Grünen- (von 25 auf 2 %) sowie die SPD-Fraktion (von 16 auf 2 %), aber auch keine Fraktion (von 23 auf 9 %) anführen. Insgesamt sind letztere gespalten zwischen der Fraktion der Grünen (25 %) und keiner Fraktion (23 %), wohingegen jene der politischen Mitte (25 %) sowie rechtsorientierte Befragte (42 %) jeweils relativ-mehrheitlich die CDU-Fraktion nennen.

# Welcher Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg trauen Sie am ehesten eine Lösung der Sicherheitsprobleme zu?

■ Die Grünen ■ CDU ■ SPD ■ FDP ■ AfD



Sämtliche Wählergruppen würden die Lösung der Sicherheitsfrage jeweils mehrheitlich der Fraktion der von ihnen aktuell favorisierten Partei zutrauen, wobei Wähler der FDP (39 %), der Grünen (45 %) sowie der SPD (49 %) dies jeweils relativ-mehrheitlich und jene der CDU (71 %) sowie der AfD (77 %) jeweils absolut-mehrheitlich tun.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.